

Verfassungsschutz Journal

7. Jahrgang/2002



Terrorismus – Lebensgefahr für die Demokratie?



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Innenministerium

Das Thema: Terrorismus – Lebensgefahr für die Demokratie?

▶ Vorbemerkung – Innenminister Dr. Gottfried Timm	3
▶ Intern – Anmerkungen der Redaktion	4
▶ Dialog mit dem Islam – eine Chance, den Kampf der Kulturen zu verhindern? Dr. Peter Frisch, ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz	5
▶ Terrorismus im und aus dem Nahen und Mittleren Osten – Gefahr für die Demokratie Gundula Krüger, Islamwissenschaftlerin	11
▶ Internationaler Terrorismus und militärische Abschreckung Dr. Carsten Giersch, wissenschaftlicher Assistent für Politik und Wissenschaft an der Universität Rostock	16
▶ VS-Lexikon (Buchstaben O-Z)	20 + 26
▶ V. Schützer hat das Wort	20
▶ Islamistische Terrorgruppen	21
▶ Die Ausbildung zum „Verfassungsschützer“	24
▶ Behörden für Verfassungsschutz – Eine Übersicht	27
▶ „Analyse- und Beraterteam der Landesregierung“	29
▶ Info-Box Publikationsverzeichnis	30
▶ Büchertipps zum Islam, Länderstudien und Islamismus/Terrorismus mit Kurzbesprechung	31
▶ Buchbesprechung „Kulturknigge für Nichtmuslime. Ein Ratgeber für den Alltag“	34

Zur Titelabbildung: Mit dem Koran in der rechten und einer Pistole in der linken Hand steht ein palästinensisches Mädchen inmitten einer Demonstration der radikal-islamischen Organisation Dschihad („Heiliger Krieg“). (dpa)



Liebe Leserinnen und Leser,

jeder wird das verteidigen, was er als schützenswert begreift. Das gilt auch für die Demokratie. Mit diesen Worten hatte ich die Vorbemerkung zum letzten Verfassungsschutz-Journal eingeleitet. Wir alle standen und stehen noch immer unter dem Eindruck des Terroranschlages vom 11. September 2001. Bis heute ist noch nicht abzusehen, welche Folgen diese unmenschliche Tat haben wird. Weltweit verurteilten unzählige Menschen und Organisationen den Terrorismus und seine gnadenlosen Akteure. Von Feinden der Demokratie wurde er aber verdeckt oder sogar offen bejubelt.

Die Menschen wollen in ihrer großen Mehrheit friedlich miteinander leben. Unterschiedliche Überzeugungen und Verhaltensmuster sind dabei kein Hindernis – sofern sie nicht der Menschenwürde und grundlegenden Moralvorstellungen widersprechen. Damit unvereinbar sind die angewandten Mittel des Terrorismus: menschliche Bomben, feige Morde und Sprengstoffanschläge mit dem Ziel, möglichst viele Tote und gewaltigen Sachschaden zu verursachen. Die Demokratie kann und wird Terrorismus niemals als Mittel zu irgendeinem Zweck akzeptieren.

Einmal mehr mussten wir als Bürger einer Demokratie erfahren, dass unsere freiheitliche Lebensform nicht selbstverständlich ist. Sie verlangt klare Bekenntnisse und klare Entscheidungen. Der Schutz der Demokratie und der freiheitlichen Verfassung ist oberstes Gebot des staat-

lichen Gemeinwesens. Die Innenminister von Bund und Ländern haben ganz speziell die Aufgabe, die Sicherheit und (demokratische!) Ordnung im Innern des Landes zu gewährleisten. Denn ohne Sicherheit kann es keine Freiheit geben!

In Anerkennung dieser Prämisse sind in Deutschland bereits zwei umfangreiche Sicherheitspakete verabschiedet worden. Sie bieten einen soliden Grundstock zur Bekämpfung und Abwehr terroristischer Bedrohungen, gleichzeitig beachten sie unsere gemeinsamen Grundwerte. Ihre konsequente Anwendung ist das beste Mittel, um terroristischen Provokationen zu begegnen. Auch das Ziel der Terroristen, das demokratische Regierungssystem durch die permanente Erzeugung von Angst schwach und angreifbar erscheinen zu lassen, wird misslingen.

bleiben wir alle – Sie, liebe Leserinnen und Leser, und wir Politiker – bei dieser Linie, dann besteht für die Demokratie keine Gefahr.

Dr. Gottfried Timm
Innenminister des Landes
Mecklenburg-Vorpommern

Das Leitthema dieses Heftes folgt dem gestiegenen Informationsbedürfnis zum Islamismus und Terrorismus. Es kommen Experten zu Wort, die bereits seit Jahren, lange bevor es zu dem verheerenden Terroranschlag in den USA kam, vor gewaltsamen Aktionen fanatischer islamistischer Gruppierungen gewarnt haben. Der ehemalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Peter Frisch, stellt die Frage, ob der Kampf der Kulturen durch einen Dialog mit dem Islam zu verhindern sei. Dr. Carsten Giersch, wissenschaftlicher Assistent für Politik und Wissenschaft an der Universität Rostock, widmet sich dem Problem des internationalen Terrorismus unter dem Aspekt der militärischen Abschreckung. Die Islamwissenschaftlerin Frau Gundula Krüger hat sich das Thema „Terrorismus im und aus dem Nahen und Mittleren Osten – Gefahr für die Demokratie“ gestellt. Neben diesen Beiträgen

enthält das Heft weitere Informationen zum Leitthema und zum Aufgabenbereich Rechtsextremismus. Das Informations- und Diskussionsbedürfnis in Folge der terroristischen Bedrohungsrealität soll und kann mit diesem Heft natürlich nicht abschließend zufrieden gestellt werden. Hintergründe und Perspektiven werden jedoch deutlich.

Eine moderne Demokratie kann sich einen selbstgenügsamen Provinzialismus nicht leisten. Die demokratischen Prozesse dürfen sich nicht mehr mit dem Glück der eigenen Bürger zufrieden geben, wenn die Welt – im guten, wie im bösen – immer mehr zusammennückt. Unfreiheit und soziale Ungerechtigkeit in fernen Ländern berühren heute alle Akteure auf der internationalen Bühne.

Wo die Existenz des eigenen Landes oder der Staatengruppe, zu

dem dieses Land gehört, in Gefahr ist, wo grundlegende und existentielle Werte dieser Gemeinschaft bedroht sind, wird die Diskussion über die Gestaltung eines sozialen Lebens in der Regel unterbrochen. Die terroristischen Drohgebärden von außen und die weltweit bereits platzierten Akteure der Terrorfront bedrohen daher sowohl die äußere als auch die innere Sicherheit, den inneren Aufbau von Staat und Gesellschaft.

Diese Herausforderung ist aber zu bewältigen, wenn ohne Aufgabe der lebenswichtigen Freiheitswerte der Demokratie flexibel und dem Ernst der Lage entsprechend reagiert wird.

Abschließend noch ein Hinweis „in eigener Sache“. Seit 1996 bringen wir für Sie, liebe Leserinnen und Leser, dieses Journal heraus – bis 1998 zweimal jährlich als „VS-aktuell“, seit 1999 erscheint einmal pro Jahr das „Verfassungsschutz-Journal“. Dabei bemüht(en) wir uns immer um aktuelle und interessante Leitthemen.

Ab 2003 wollen wir Sie nun noch schneller und umfassender informieren. Daher wird das „Verfassungsschutz-Journal“ von der bisherigen, gewohnten Papierfassung umgestellt auf eine modernere Online-Variante. Auf diesem Wege können aktuelle und auch umfangreiche, kommentierende Beiträge schneller, näher am Ereignis angeboten werden. Wir hoffen, dass Sie dem (Online)-Journal weiterhin treu bleiben und immer wieder mal auf unserer Internetseite www.verfassungsschutz-mv.de hereinschauen.

Ihre Redaktion

Dr. Frisch hat zu seiner Zeit als Präsident des BfV schon sehr früh vor den Gefahren des politisch-extremistischen Islam (Islamismus) gewarnt. In seinem Beitrag spitzt er die Gefahrensituation zu und zeigt zugleich differenziert die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit dem „Phänomen“ Islam in Deutschland auf.



Zur Person:
Dr. Peter Frisch wurde am 21.04.1935 geboren. Er studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Berlin,

Tübingen und Göttingen. Von April 1969 bis April 1970 bearbeitete er im Bundesverwaltungsamt Köln Fragen der Wiedergutmachung nationalsozialistischer Unrechts. Anschließend war er im Bundesinnenministerium in Bonn als Hilfsreferent für Fragen des Rechtsextremismus und der Aufsicht über das Bundesamt für Verfassungsschutz eingesetzt. Von 1975 bis 1987 gehörte Dr. Frisch im Innenministerium Niedersachsen der Abteilung Verfassungsschutz an und war zuletzt deren Leiter. Von 1987 bis 1996 war Herr Dr. Frisch in der Funktion des Vizepräsidenten im Bundesamt für Verfassungsschutz tätig, seit dem 15. Mai 1996 bis zur Versetzung in den Ruhestand am 30. April 2000 war er Präsident dieser Behörde.

... eine Chance, dem Kampf der Kulturen zu verhindern?

Der Anschlag auf das World Trade Center

Das grauenhafteste Geschehen der jüngeren Zeit, der Anschlag auf das World Trade Center scheint zwar schon für manche nur böse Vergangenheit geworden zu sein. Aber die Auswirkungen sind gegenwärtig – Krieg in Afghanistan, wirtschaftliche Erdbeben, Verstärkung von Sicherheitsvorkehrungen, innenpolitische Auseinandersetzungen und eine sorgenvolle Sicht in die Zukunft. Dieser Massenmord hatte einen islamischen Hintergrund und immer mehr stellt sich die Frage, ob dem Wissenschaftler Huntington Recht zu geben ist, wenn er von einem Kampf der Kulturen spricht oder ob nicht doch eine Chance besteht, im Dialog mit dem Islam, – korrekter gesagt, im Dialog mit den Muslimen –, einen Konflikt zu lösen, der das vor uns liegende Jahrhun-

dert, vielleicht die vor uns liegende Geschichte wesentlich und entscheidend beeinflussen könnte.

Verantwortlichkeit des Islam?

Mit dem Hinweis auf den islamischen Hintergrund soll nicht der Religion des Islam die Verantwortung für den 11. September 2001 zugeschoben werden. Der Islam ist eine Weltreligion mit 1,3 Milliarden Gläubigen, die in der Ausübung dieser Religion die Erfüllung ihres Lebens sehen. „Islam“ bedeutet Hingabe an Allah (Gott), Unterwerfung unter seinen Willen. Gründer war Mohammed, der Anfang des 7. Jahrhunderts nach Christi die ihm nach seinen Bekundungen zuteil gewordenen Offenbarungen Allahs im Koran niederlegte. Koran und Scharia, die Rechtsordnung des

Islam, bilden die Grundlagen für den Glauben, der aufgrund der absoluten Hingabe an Allah nur eine Einheit von Religion und Staat kennt.

Der fundamentalistische Islam

Allerdings zersplitterte der Islam im Laufe der Jahrhunderte in eine Vielzahl von Varianten. Seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts versuchen die „Fundamentalisten“, den Islam auf den ursprünglichen Stand, auf die Befolgung von Koran und Scharia in der Ursprungsfassung, zurück zu führen. Sie wollen die Einheit des Islam und lehnen die nach ihrer Ansicht Verantwortlichen für die Zersplitterung des Islam – das Abendland, die westliche Welt – wegen ihrer „verderblichen Lebensweise“ ab.

Der Islamismus

Eine Sonderentwicklung des Fundamentalismus ist der Islamismus, der als Kampfadeologie die gesamte Welt im fundamentalistischen Sinne islamisieren will. Er sieht das Heil nur im weltweiten Islam, der ausschließlich im Gottesstaat verwirklicht werden kann, verwirft deshalb notwendigerweise die Trennung von Staat und Kirche, also den Laizismus, wendet sich aber auch gegen die Konvention der Menschenrechte – „allein Allah entscheidet, wem im Einzelfall welche Rechte zustehen“. Der Islamismus ruft zur Durchsetzung seiner Ziele zum „Jihad“, zum heiligen Krieg gegen die Ungläubigen auf, der als „großer Jihad“ den politischen Weg, als „kleiner Jihad“ auch den gewaltsamen Weg befolgt.

Islamismus und die Gewalt

Dieser Islamismus ist die entscheidende Ursache für die Gewalttaten seiner Anhänger – neben dem 11.09.2001 in New York sind nur die entsetzlichen Massenmorde an nicht-islamistischen Muslimen in Algerien, die nicht weniger schrecklichen Anschläge in Ostafrika, Luxor und jüngst in Djerba¹ zu nennen. Auch die palästinensischen Selbstmordattentate haben ihren letzten Ausgangspunkt im vom Islamismus erzeugten Wissen, dass der Attentäter im nächsten Moment vor Allah steht. Häufig werden die wirtschaftlichen Nöte in vielen arabischen Ländern, das Unterlegenheitsgefühl gegenüber dem Abendland und die Verhaltensweisen von USA und Israel als alleinige oder zumindest ausschlaggebende Ursachen genannt. Das sind Rahmenbedingungen – Grundlage und Nährboden für die Gewalt ist deren islamistische Propagierung als absolute Hingabe an Allah, die strikte Orientierung an den Suren des Korans, die Gewalt an Ungläubigen rechtfertigen, und die entsprechende geistliche Beeinflussung durch die Mullahs und Imane. Der Nah-

Ost-Konflikt spielte für die Attentäter in New York nur eine Nebenrolle – er war für diese so genannten Gotteskrieger nur ein willkommener Anlass, um Bewunderer und damit Nachfolger zu finden.

Gefahren für Deutschland?

Kann diese Betrachtung aber ein Grund zur Sorge auch in Deutschland sein? Haben sich nicht viele Muslime in Deutschland von diesem Terror distanzieren, weil sie eben nicht dem Islamismus folgen und wurde nicht durch die Sicherheitsmaßnahmen – zu nennen ist das Sicherheitspaket vom November 2001 – ein Feindklima für Muslime geschaffen, das nach Ansicht extrem linksgerichteter Stellungnahmen an Nazimaßnahmen heranreicht? Stellt der islamistische Terror wirklich eine Gefahr dar und sollte nicht besser alles getan werden, um die muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, von denen mehr und mehr die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, nicht zu diskriminieren und sie mit den anderen Menschen in Deutschland in echter Partnerschaft zusammen leben zu lassen?

Das „Sicherheitspaket“ vom November 2001

Die Sicherheitsmaßnahmen waren zur Verhütung von islamistischen Terrorakten auch in Deutschland notwendig und erforderlich. Die Aufklärungsbefugnisse des Verfassungsschutzes wurden erweitert – aber sehr begrenzt durch Beschränkung auf Terrorismus und Geheimdienstaufklärung – und laufend kontrolliert durch Regierung und Parlament. Die Überprüfung von visapflichtigen Einreisenden durch Verfassungsschutz und BND, die bessere Kontrolle auf den Flughäfen, die Möglichkeit, Mehrfachpässe zu verhindern, und die Finanzbestimmungen zur Aufdeckung der Terrorunterstützung, die leider auch von manchen Gerichten geschmähte Rasterfahndung, die keineswegs alle arabischen oder fernöstlichen Studenten ab-

qualifiziert, sondern nicht mehr als ein zielsichereres Suchen ermöglicht, und die anderen Maßnahmen wurden an der Gefährlichkeit des islamistischen Terrors ausgerichtet. Gotteskrieger – Afghanen, Araber, Pakistani, wahrscheinlich daneben einige Deutsche – leben auch in Deutschland, wenige hundert mögen es sein, in kleinen Zellen aufgeteilt, mit Verbindungen oder Kontakten zu Gewährsleuten von Usama Bin Laden oder als Angehörige von Gemeinschaften, die sich selbst entwickelt haben.

Die besondere Gefährlichkeit der „Gotteskrieger“

Es sind überzeugte Islamisten, die sich perfekt zu tarnen verstehen, sich jedes für ihre Anschläge erforderliche Wissen aneignen, häufig Namen und Aufenthaltsort wechseln, als sogenannte Schläfer auf ihren Einsatz warten oder sich selbst zum Anschlag entschließen, wenn sie die Zeit für gekommen halten. Sie besitzen und kennen in ihrer Religion das Fundament und die nahezu unüberwindbare Mauer für die Durchführung ihrer Pläne: Bekenntnisse vor deutschen Behörden oder Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten sind nicht zu erwarten, sie fühlen sich, ja, wissen sich von Allah beobachtet und fürchten nichts mehr als die Bestrafung zu ewiger Verdammnis, wenn sie ihre Mitkämpfer verraten oder den Kampf gegen die Ungläubigen ablehnen würden. Die von ihrem Glauben bestimmten vorbehaltlosen Tötungsabsichten, ihr Verzicht auf Eigenschutz, ja, ihre Bereitschaft zur Eigenaufopferung stellen höchste Risiken für die Bekämpfung dar.

Vielfache Unterstützung für den Islamismus

Und sie genießen Unterstützung, finanzieller Art durch den Irak und Saudiarabien, durch viele mildtätige Organisationen, auch in Deutsch-

land, die für „Martyrer“ sammeln, und durch die Duldung ihrer Propaganda gegen die USA, gegen Israel, aber auch gegen Deutschland in arabisch- und türkischsprachigen Zeitungen sowie durch häufige kritiklose Hinnahme ihrer Aktionen durch nichtislamistische Muslime. Sie reisen viel in den nahen und fernen Osten, sie verfügen oft über beträchtliche Mittel – Anhaltspunkte dafür können durch die Rasterfahndung, aber auch die Beobachtungsmaßnahmen des Verfassungsschutzes gewonnen werden und dann besser als die erfolglose Anwerbung von Verbindungsleuten die genannte Mauer durchsichtiger machen. Ein Erfolg für solche Maßnahmen gegen den islamistischen Terror ist damit noch nicht garantiert – aber die Möglichkeiten der Terroristen werden eingeschränkt und ein Verzicht darauf wäre töricht.

Gefahren durch den „politischen“ Islamismus

Es ist falsch, nur an Vorkehrungen gegen den islamistischen Terror zu denken. Auf lange Sicht noch gefährlicher ist der politisch handelnde Islamismus, der meint, sich durch öffentliche Gewaltverzichtserklärungen zur Ausübung seiner Religion, d.h. sein Handeln zur Verwirklichung seiner islamistischen Ziele, legitimieren zu können. Im Ausland, insbesondere im Nahen und Fernen Osten sind die Grenzen zwischen den politischen und den gewalttätigen Muslimen oft fließend. Vielfach herrschten in arabischen Ländern, aber auch in Indonesien, in Pakistan und in Palästina offene Begeisterung für den Anschlag auf das World Trade Center, und Hass auf die USA, Israel und auch die in Afghanistan eingreifenden Staaten. Und gerade unter diesen Sympathisierenden fanden und finden Terroristen Unterstützer und vor allem Nachwuchs.

Islamistische Vereinigungen in Deutschland

In Deutschland gibt es 17 islamistische Vereinigungen mit knapp 32.000 Mit-

gliedern. Das sind aber nur die eingeschriebenen Mitglieder, durchweg nur die Familienväter. Die – auch erwachsenen – Kinder, die Ehefrauen und die anderen Familienangehörigen werden nicht dazu gerechnet. Alle diese, aber auch sehr viele, die nicht offiziell als Mitglieder gerechnet werden, sind überzeugte Anhänger der jeweiligen Vereinigungen. Mehmet Erbakan, der Präsident von Milli Görüs, der größten islamistischen Vereinigung in Deutschland, bezifferte dem Verfasser gegenüber die Zahl seiner Anhänger auf 750.000. Ein Drittel davon wird unter Berücksichtigung orientalistischer Übertreibungsgewohnheiten der Wahrheit entsprechen. Das wären rund 20 Prozent der in Deutschland lebenden türkischen Muslime, eine hohe Zahl!

Achtung des Grundgesetzes durch die Islamisten?

Diese Vereinigungen versichern, das Grundgesetz zu achten und zu befolgen. Aber sie vergessen nicht den Hinweis, dass sie deshalb das Grundgesetz achten, weil es ihnen gem. Artikel 4 die ungestörte Religionsausübung gewährleistet. Und sie meinen damit ihre Ausprägung des Islam, den Islamismus. Sie sagen, sie seien bereit, sich in Deutschland zu integrieren, wobei das aber keine Assimilation werden dürfe. Denn sie wollen ihre islamistische Identität als Muslime bewahren. Unter der abzulehnenden Assimilation verstehen sie aber schon den Besuch des deutschen Kindergartens durch ihre Kinder, so dass mehr als Zweifel bestehen, ob sie tatsächlich sich oder ihre Kinder integrieren wollen.

Kampf um die Jugend

Den Islamisten geht es vor allem um die Jugend: die Jungen sollen nicht in deutschen Fußballvereinen spielen, die Mädchen müssen – leider aufgrund einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts – vom Sportunterricht befreit werden, die Kinder werden

nicht zu Schulfeiern, zu Klassenfahrten oder Schulausflügen mitgeschickt, alles, um sie nicht von der „Drogen-, Sex- und Schweinefleischkultur“ beeinflussen zu lassen. Sie kümmern sich sehr um die Jugend, eigene Fußballmannschaften werden gegründet und finanziert, Foto-, Computer- und Nähkurse werden veranstaltet, Ferienlager ausgerichtet und als Annex dient immer die Koranschule. Fast kann man Ähnlichkeiten zu DDR-Kochkursen erkennen, an deren Beginn die Grundlagen des Marxismus-Leninismus erörtert wurden. Die islamistischen Vereinigungen errichten so Parallelgesellschaften, in denen islamistische Sitten und Gebräuche erstrangig Geltung besitzen und der Grundsatz der freien Entfaltung der Persönlichkeit und eine politische Erziehung der Kinder im Sinne unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung keinen Platz finden. Klar, dass die Rolle der Frau in diesen Vereinigungen dem Islamismusbild entspricht – sie darf im Haus bleiben und die Kinder im islamistischen Sinne erziehen, darf für die Zusammenkünfte der Milli Görüs Plätzchen backen, auf öffentlichen Versammlungen verschleiern die Fahne des Islam schwingen und braucht nicht das schreckliche Schicksal zu erleiden, an einem Arbeitsplatz mit Männern zusammen sein zu müssen.

Wachsender Anteil der Islamisten

Die Auswirkungen dürfen auch hier nicht bagatellisiert werden. So, wie der Anteil der Fundamentalisten in der Welt ständig anwächst, ist auch in Deutschland mit einer zunehmenden Zahl vor allem junger Muslime zu rechnen, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht nur gleichgültig, sondern teilweise ausgesprochen ablehnend gegenüber stehen. So wird insbesondere der Grundsatz der Volkssouveränität nicht anerkannt, „weil ja nur Allah der Souverän des Volkes sein kann“. Das gleiche gilt für den Grundsatz der Gleichberechtigung – der Koran

¹ Anm. der Redaktion: und zwischenzeitlich in Bali am 12.10.2002

weist der Frau nicht die Rechte des Ehemannes zu, oder für die Grundsätze der Gewaltenteilung oder Unabhängigkeit der Rechtsprechung – „allein Allah befiehlt allen Gewalten und allein er kann Recht sprechen“, im Einzelfall dann durch die Mullahs oder Imane, die islamistischen Verkünder und Interpreten des Korans.

Zur Beeinflussung der Jugend noch eine Zahl, die der Bielefelder Ordinarius Heitmeier schon vor 8 Jahren ermittelt hatte: Ca. 18 Prozent der jungen Türken in Deutschland erklärten sich bereit, ihren islamischen Glauben auch mit Todesgehalt zu verteidigen. Wie leicht könnten geschickte Agitatoren das ausnützen?

Überwiegende Zahl nicht islamistischer Muslime?

Aber sollte man sich besser nicht damit beruhigen, dass die große Mehrzahl der in Deutschland lebenden 1,3 Millionen Muslime wahrscheinlich nicht islamistisch eingestellt ist, dass – vielleicht – die meisten ihren Glauben ähnlich wie die meisten Katholiken und Protestanten auf besondere Festtage, Taufen, Hochzeiten, Beerdigungen und vergleichbares beschränkt praktizieren? Gibt es unter solchen Umständen überhaupt einen Gegensatz zwischen Islam und Christentum? Wird nicht von beiden Religionen derselbe Gott verehrt, der nur unterschiedlich genannt wird und nur in der theologischen Dogmatik – von der Jungfrauengeburt bis zur Dreieinigkeit – gewisse Unterschiede aufweist? Genügt es nicht, den Islamismus zu verurteilen und im übrigen den Islam als gleichberechtigt anzuerkennen und ihn voll zu akzeptieren?

Keine Entwarnung zu vertreten

Eine solche Entwarnung kann nicht gegeben werden. Der Fundamentalismus und der darauf aufbauende Is-

lamismus breiten sich immer weiter aus. Das Ziel, die ganze Welt im fundamentalistischen Sinne zu islamisieren, wird konsequent weiter verfolgt und findet leider auch in Deutschland immer mehr Anhänger, auch wenn diese noch nicht organisiert sind und verschiedentlich nicht alle Aspekte des Islamismus vertreten. Der Islamismus wird auch hier auf die Gewalt nicht verzichten, wenn eine hinreichend große Zahl von sympathisierenden oder auch nur die Islamisten nicht verurteilenden Muslime das Wasser darstellen, in dem terroristische Fische schwimmen können und wollen. Die Globalisierung führt auch hier dazu, die Kerngedanken des Islamismus und seiner Agitation nicht nur auf den Nahen und Fernen Osten zu beschränken, die Hass- und Feindpropaganda wird importiert und allzu willfährige Toleranz weigert sich, hier Gefahren zu erkennen oder gar etwas dagegen zu unternehmen, es sei denn, dass Gewalttätigkeiten missbilligt werden. Aber gegen die gewaltlose Propagierung des Islamismus wird nichts unternommen, von den Ausführungen in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder einmal abgesehen.

Zu geringer Widerstand nicht islamistischer Muslime

Der Islamismus ist die größte Gefahr für unsere geistige und letztlich auch körperliche Freiheit in den vor uns liegenden Jahrhunderten. Und es ist leider nicht zu sehen, dass die nicht islamistischen Muslime hier den Widerstand gegen den Islamismus leisten, den sie zur Bewahrung ihrer Religion als Hort des Friedens – so nennen sie den Islam auch – leisten müssten. So manches Argument der Islamisten wird hier von den anderen Muslimen ohne weiteres übernommen. Leider steht es zum Beispiel für zu viele fest, dass der Anschlag in New York von Mossad und CIA verursacht worden sei. Israel gilt auch

für sie als kleiner Satan. Deutschland ist für viele, vor allem auch für die Jugend, nicht weit von dieser Einstufung entfernt und ihr Antiisraelismus ist nicht mehr als eine neue Bezeichnung des Antisemitismus. Die Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung werden von überzeugten Muslimen zwar als Ordnungsfaktor gesehen, aber nur dann beachtet, wenn andernfalls strafbewehrte Sanktionen zu befürchten sind.

Notwendigkeit politischer Auseinandersetzung

Hilft hier Gewalt? Sie kann bei entsprechenden nachrichtendienstlichen Erkenntnissen islamistische Gewaltbemühungen bremsen, hoffentlich oft genug verhindern. Dazu könnten in Deutschland auch im geeigneten Fall Verbotsmaßnahmen dienen – obwohl das Denken bei einer verquastenen religiösen Überzeugung noch weniger als bei einer nationalistischen oder klassenkämpferischen Motivation ausgelöscht werden kann.

Aber der politische Islamismus wird in Deutschland mit Gewalt nicht beseitigt werden können. Wir müssen uns mit dem Islamismus und den ihm vorgelagerten muslimischen Einstellungen politisch auseinandersetzen.

Aufklärung der Bevölkerung

Dazu gehört in erster Linie eine Aufklärung der Bevölkerung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sorgfältig und genau über Wesen und Ziel des Islamismus unterrichtet werden. Die Gegensätze zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sind deutlich und klar herauszustellen. Darüber müssen auch die Muslime aufgeklärt werden, auf jeden Fall auch in entsprechenden Übersetzungen. Die Gefährlichkeit des Islamismus, der von ihm ausgehen-

de Terrorismus, die Verweigerung der Akzeptanz jeder anderen religiösen Überzeugung, aber auch jedes Pluralismus und die Erziehung der Jugend zum Töten sind anhand der konkreten Geschehnisse aufzuzeigen. Falschen Behauptungen ist mit präzisen Gegendarstellungen zu widersprechen, alles auch in geeigneter Form und Sprache gegenüber allen Muslimen. Diese Aufklärung muss ein Schwerpunkt der politischen Bildung werden!

Integration der Muslime

Noch wichtiger ist etwas anderes: die Integration der Muslime in Deutschland. Eine Voraussetzung für eine solche Integration ist dabei unverzichtbar: Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist zu bewahren, ihr lückenloser Erhalt ist Axiom für jede Integration von Ausländern und Muslimen in Deutschland. Und die tatsächlich Integrationsbereiten müssen ihr Leben hier danach ausrichten:

Die Grundrechte, vor allem der Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau, sind auch im familiären Bereich zu achten; die Würde des Menschen hat auch der islamische Vater zu achten, der von der deutschen Frauenärztin nicht verlangen darf, seine minderjährige Tochter in seiner Gegenwart auf Unberührtheit zu untersuchen. Der Grundsatz der Volkssouveränität muss in den hier aufgelegten oder angebotenen islamischen Religionsbüchern ausdrücklich anerkannt werden – bisher wird dieser für das Grundgesetz elementare Grundsatz dort schlicht verschwiegen oder durch den Hinweis auf die alles überragende Autorität Allah's konterkariert. Vom Antilaizismus ist Abkehr zu nehmen, und die freiheitliche Grundordnung muss auch im übrigen vorbehaltlos anerkannt und bejaht werden. Das ist keine Aufforderung zur Anerkennung einer Leitkultur – es ist das Selbstbewusstsein des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats, das diesen Respekt fordert und verlangen kann.

Erforderlichkeit einer echten Integration

Es muss eine „echte“ Integration erzielt werden. Dazu gehört auch die Akzeptanz der Ausländer und Muslime, soweit deren Verhalten die eben aufgezeigten Grenzen beachtet. Unnachsichtig ist gegen Skins, geistig niedrigstehende Jugendliche, Heranwachsende, aber auch sonstige verbohrt Nationalisten – gemeint sind nicht die Patrioten – vorzugehen, die Nichtdeutschen die Grundrechtsausübung verwehren wollen. Ausländern darf wegen ihrer Nationalität kein Nachteil zugefügt werden. Ihnen darf aber auch kein rechtlicher Vorteil nur wegen ihrer Ausländereigenschaft zugebilligt werden. Den islamistischen und ihnen nahestehenden Gemeinschaften muss einsichtig gemacht werden, dass jede Bildung von Parallelgesellschaften eine Integration verhindert. Zur sinnvollen Integration ist ein Deutschunterricht für alle Kinder vor dem gemeinsamen Schulbeginn mit deutschen Kindern notwendig – das gemeinsame Erlernen der deutschen Sprache in Klassen mit hohem Ausländeranteil hat durchweg versagt. Und die Beherrschung der deutschen Sprache ist für die Integration unverzichtbar – das praktizieren die Australier gegenüber Einwanderern für die englische Sprache mit Erfolg. Es muss einen islamischen wie einen katholischen und evangelischen Religionsunterricht geben. Aber dieser Unterricht muss in deutscher Sprache, nach deutschen Lehrplänen, von in Deutschland ausgebildeten Pädagogen und unter deutscher Schulaufsicht erteilt werden. Politische Bildung ist nicht nur für die Schulen, sondern gerade auch für die erwachsenen Muslime und/oder Ausländer mehrsprachig durchzuführen und besonders die Anerkennung des Pluralismus in den – weiten – Grenzen der Grundordnung ist dabei zu vermitteln.

Notwendigkeit einer Aufklärung im Islam

Eine Aufklärung erscheint letztlich am wichtigsten: eine Aufklärung im Islam selbst, eine Aufklärung, die sich an die europäische Aufklärung nach dem Wüten der Inquisition und den Massenmorden der Kreuzritter anschließt, eine Aufklärung, die vom Antilaizismus Abstand nimmt, die Menschenrechtskonvention praktiziert und den religiösen Pluralismus weltweit anerkennt.

Das muss und kann nur in erster Linie Sache des Islam selbst sein – verschiedene, vorerst noch recht wenige Äußerungen aus dem Islam gehen in diese Richtung. Soweit irgend möglich, müssen diese Bestrebungen unterstützt werden. Hier besteht eine Aufgabe für alle, die die Meinung des anderen ehren und schätzen gelernt haben – unter Beibehaltung der eigenen sinnvollen und menschenrechtsgemäßen Überzeugung.

Zusammenfassung

Es ist zwischen dem Islam, dem islamischen Fundamentalismus und dessen Speerspitze, dem Islamismus, zu unterscheiden. Der Islamismus will sein Ziel, die ganze Welt fundamentalistisch zu islamisieren, mit Gewalt, aber auch auf politischem Wege erreichen. Er stellt weltweit die größte Gefahr für das Leben in einer friedlichen, freiheitlichen und demokratisch organisierten Gemeinschaft dar.

Der islamistische Terror wird in Deutschland mit den repressiven Maßnahmen der Strafverfolgung und mit Verwaltungsmaßnahmen verfolgt. Die kürzlichen Gesetzesergänzungen und die polizeitaktischen Maßnahmen dienen präventiv der Terrorismusverhütung und sind zu begrüßen.

Der politische Islamismus verzichtet zwar zunächst auf die Gewalt, strebt aber ebenfalls mit aller Intensität die Weltherrschaft des Islam an. In Deutsch-

land beeinflusst er vor allem muslimische Jugendliche, verbreitet seine Gedanken aber auch immer mehr unter den nicht islamistischen Muslimen.

Unverzichtbar ist deshalb die politische Auseinandersetzung mit dem politischen Islamismus. Dazu gehören die Aufklärung über den Islamismus, die sinnvolle Integration der Muslime

und die Förderung einer Aufklärung im Islam. Hier besteht die Chance zum Dialog mit dem Islam und zur Verhinderung des Kampfes der Kulturen. ■

Dr. Peter Frisch
Rechtsanwalt

Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz a.D.

Dr. Peter Frisch

Bonn, den 6.8.02

An das
Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern
Abt. II 5
z.Hd. Herrn RD Holsten

Sehr geehrter Herr Holsten,

(...) Sie hatten mir einige Exemplare Ihrer Öffentlichkeitsarbeit gesandt. Vielleicht wissen Sie, dass ich mich immer sehr für den „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ eingesetzt habe. Deshalb glaube ich auch, mir ein Urteil erlauben zu dürfen: Sehr gut! Sinnvolle und so notwendige Information wird in hervorragender Weise geboten. Es kommt doch immer darauf an, dass so etwas gelesen und verstanden wird. Und das ist gelungen, vom Inhaltlichen, aber auch mit der sehr geschickten Darstellungsart. Besonders gefallen haben mir das Begleitheft zur Ausstellung, das eine beispielhafte Einführung in den Verfassungsschutz bietet, und das Verfassungsschutz-Journal. Hoffentlich lesen das viele Lehrer und noch mehr Jugendliche!

Mit freundlichen Grüßen



Diese von Herrn Dr. Frisch aufgeführten und andere Publikationen des Verfassungsschutzes Mecklenburg-Vorpommern finden sie auch im Publikationsverzeichnis auf Seite 30 und auf der Homepage

www.verfassungsschutz-mv.de.
Bei Fragen wenden sie sich bitte an
info@verfassungsschutz-mv.de.

Zur Autorin:

Gundula Krüger, geb. 1963 in Kiel; Studium der Islamwissenschaft, Politischen Wissenschaften, Religionenwissenschaften und Journalistik in Hamburg, Abschluss: M.A. (Magister Artium) 1990; seit 1991 freie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Orient-Institut in Hamburg; 1991 und 1992 Übersetzungstätigkeiten aus dem Arabischen zum Themenbereich „Islamismus“ für die Bundeswehr-Akademie für Information und Kommunikation; von 1993 bis 1996 Dissertationsstipendiatin des Bundesministeriums für Forschung und Technologie am Deutschen Orient-Institut, Mitarbeit an wissenschaftlichen Büchern; derzeit Dissertation über das Thema „Islamismus und seine Auswirkungen auf die Presse in Ägypten“ (Abschluss Ende 2002)



Themenspezifische Schwerpunkte sind: Frühislamische Geschichte, Religion des Islam, Islamismus (Ursachen, Auswirkungen, Konfliktpotentiale), Stellung der Frau im Islam und islamisches Recht.

Im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit gestaltete sie Projekte, hielt Vorträge und Seminare für diverse Stiftungen und Verbände in ganz Deutschland sowie für Bundeswehreinrichtungen und das Ministerium für Wirtschaft und Technologie. Seit 1993 ist Frau Krüger regelmäßig Gastdozentin an der Fachhochschule des Bundes.

Veröffentlichungen: Die Stellung der Frau in der islamischen Gesellschaft. Wie leben Frauen in islamischen Ländern - heute?; Die Stellung der Frau nach islamischem Recht.; beides erschienen in: Beiträge zur Inneren Sicherheit, Februar 1996 (Hrsg. von der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung).

Frau Krüger hat auf Anfrage der Journal-Redaktion den folgenden Beitrag verfasst:

... Gefahr für die Demokratie

I. Einleitung

Die Bilder der Zerstörung und der Verzweiflung vom 11. September 2001 wird niemand, der sie gesehen hat, je vergessen können. Das Datum 11. September 2001 wird vermutlich weltweit zu einem Synonym für den Kampf zwischen Terroristen aus dem Nahen und Mittleren Osten und westlichen Ländern avancieren: aus Sicht der angreifenden Islamisten als großer Erfolg gegen den als arrogant empfundenen Westen, aus Sicht der sich verteidigenden Amerikaner (gemeinsam mit einer internationalen Allianz) als überraschende und schmerzliche Niederlage gegen einen Feind, der zu lange unterschätzt worden war.

Das in vielen nicht-islamischen Ländern häufig gehörte Klischee von der für Muslime „typischen“ Gewaltbereitschaft, dem Fanatismus, der Irrationalität, dem Fundamentalismus, gepaart mit dem Vorurteil der prinzipiellen Feindschaft zwischen Religionen und Kulturen hat neue Nahrung bekommen. Schließlich waren es 19 arabische Muslime, die der Hass auf die USA so einte, dass sie bereit waren, in einem selbstzerstörerischen Akt sich und Tausende anderer Menschen für eine vermeintlich gottgefällige Sache zu opfern. Die Folge: 1,2 Mrd. Muslime weltweit sehen sich dem Vorurteil ausgesetzt, fanatisch, islamistisch, militant und anti-westlich eingestellt zu sein. Schuld daran sind einige Tausend militante Extremisten.

Die in muslimischen Ländern vorkommenden Formen von Extremismus und Terrorismus werden in einen Kausalzusammenhang zu der Religion des Islam gesetzt, sogar für Organisationen, die nachweislich nicht religiös motiviert sind.

Tatsache ist jedoch:

- (1) Es existiert keine homogene islamische Welt, sondern verschiedene „Welten des Islam“ (Gernot Rotter), die in ihren religiösen, politischen und sozio-ökonomischen Ausrichtungen deutliche Unterschiede aufweisen.
- (2) Der Islam als Religion ist weder statisch noch unveränderbar. Die einzelnen Kapitel (Suren, arab. *suwar*) des Koran (arab. *qur'an*), des heiligen Buches der Muslime, und das islamische Recht (arab.: *shari'a*) lassen Spielraum für Interpretationen.
- (3) Fanatismus, Extremismus, Terrorismus etc. sind keine Spezifika der islamischen Staaten, sondern kommen in allen Kulturen und Religionen vor.
- (4) Der Extremismus-Begriff impliziert eine nicht existierende Homogenität. Die Diversifizierungsmöglichkeiten – auf den Raum des Nahen und Mittleren Osten beschränkt – reichen von
 - (a) Staatsterrorismus (z.B.: arabischer Vorwurf gegen Israel oder amerikanischer Vorwurf gegen Irak, Iran, Libyen) contra nationale Selbstverteidigung (Eigensicht der palästinensischen Befreiungsorganisationen), bis zur wissenschaftlich genauen Trennung zwischen z.B.
 - (b) separatistisch-nationalistisch oder religiös motiviertem Extremismus oder Freiheitskampf.

Fazit Nr.1: Nicht alle extremistischen Gruppen aus dem Raum des NMO haben einen religiös motivierten Hintergrund.

II. „Islamismus“

In den letzten Jahren hat sich der Neologismus (die Wortneuschöpfung) „Islamismus“ für Gruppen und Organisationen durchgesetzt, die Reformen der bestehenden Staatssysteme anstreben, da diese nur noch nominell islamisch seien. Rahmenrichtlinien der neuen wahrhaft islamischen Staaten sollen der Koran, die Sunna (arab. *sunna*, die Lebensweise des Propheten) und die Scharia sein. Als „idealisiertes“ Vorbild dient das „goldene Zeitalter des Islam“ unter dem Propheten Muhammad und den vier „rechtgeleiteten Kalifen“ (610-661). In der konsequenten Rückkehr zu den Ursprüngen des Islam wird der problemlösende Ansatz gesehen, der den muslimischen Ländern zu alter Größe verhelfen soll.

Gemeinsames Charakteristikum der betreffenden Organisationen ist die Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke. Das Suffix „-ismus“ an den Terminus „Islam“ angehängt symbolisiert die Transformation der Religion in die Ideologie.

Die islamistische Bewegung ist keineswegs ein modernes Phänomen. Als „Mutter der islamistischen Parteien“ gilt die 1928 von Hasan al-Banna in Ägypten gegründete **Muslimbruderschaft (MB, arab.: Djama'at al-ikhwan al-muslimin)**. Viele islamistische Organisationen übernahmen von ihr gleichfalls das starke Engagement für sozial Benachteiligte, die auf diesem Wege an die islamistische Ideologie herangeführt werden.

Fazit Nr.2: Die Entstehung des Islamismus ist Ausdruck der Identitätssuche in veränderten Lebensbedingungen einer modernen Welt.

III. Feindbild-Programm

Innerhalb der islamistischen Bewegung bestehen durchaus ideologische Unterschiede, z.B. in der Frage, ob eine Gruppe Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzen will, und wenn ja, gegen wen, wo, wann und mit welchen Mitteln.

Organisationen, die die unmittelbare Umstrukturierung der Gesellschaft mit Instrumenten der Gewalt betreiben, werden als *militant- oder radikal-islamistisch* qualifiziert (z.B. die **Taliban**). Diejenigen, die auf eine langsame Umwandlung der Gesellschaft in eine religiöse nach ihren Vorstellungen setzen (durch Erziehung, Überzeugungsarbeit, soziale Dienstleistungen etc.), die sich in politischen Systemen zur Wahl stellen, werden als *moderat-islamistisch oder als Integristen* bezeichnet (z.B. nach dem Selbstverständnis die **MB**).

Wenn radikale Organisationen einen Gewaltverzicht oder einen Waffenstillstand erklären, spalten sich vom Rand der nun gemäßigten „Mutterparteien“ kleine Einheiten ab, die in ihren Methoden und terroristischen Mitteln extremistischer und fanatischer sind als ihre „Mutterorganisationen“ es je waren.¹ Die separatistischen Gruppierungen machen anschließend ihren Staatsfeind Nr. 1 in den alten, da verräterischen „Mutterparteien“ aus. Da der Islam – wie auch das Judentum und das Christentum – die Anwendung von Gewalt untersagt (Sure 5:32), greifen radikal-islamistische Bewegungen zu einem „Kunstgriff“. Jede Gruppe definiert, was im Einklang mit der Religion des Islam steht und was nicht. Wer nicht zu der eigenen Gruppe (soziologisch: *ingroup*) gehört bzw. sich weigert, diese zu unterstützen, ist Teil der *outgroup*. Nach dem Motto „Wer nicht für mich ist,

¹ Bsp.: Die sich von der MB abgespaltenen Gruppen **Djama'at al-djihad, at-Takfir wa-l-hidjra, Djama'at Islamiya** etc.

der ist gegen mich“, werden die Feinde der *ingroup* praktisch exkommuniziert. Die Aufhebung der Sure 4:29 „... Und bringt nicht eure eigenen Glaubensgenossen um! (...)“ ermöglicht die „legitime“ pseudo-religiöse Verfolgung bis hin zur Eliminierung von Gruppen-Gegnern.

Die ägyptische **Djama'at al-djihad**, kurz **Djihad-Gruppe**, hat die Dichotomie von dem „nahen Feind“ und dem „fernen Feind“ geprägt. Ihr Name **al-Djihad** ist Programm, und zwar – in diesem speziellen Falle – im Sinne von „heiliger Kampf/Krieg“.

Exkurs: Djihad²

In der klassischen *Djihad*-Diskussion werden zwei Formen unterschieden: (1) Die Verteidigung (!) islamischen Staatsgebiets gegen unislamische Eindringlinge wird als *kleiner Djihad* bezeichnet. Es müssen zahlreiche Voraussetzungen erfüllt sein, um gegen einen Gegner in den Krieg zu ziehen. Interessanter ist die Definition des (2) *großen Djihad*. Dieser wird differenziert in (a) den *Djihad des Herzens* (z.B. Kampf gegen eigene charakterliche Schwächen), (b) den *Djihad der Zunge* (Gutes und nicht Schlechtes zu sagen); den *Djihad der Hand* (z.B. Steigerung des Bruttosozialprodukts); (d) den *Djihad der Verkündigung und Mission* (Reaktion auf die gewaltsame Missionierung von Muslimen durch christliche Kreuzzügler).

In der Kampfschrift der Gruppe wird der *Djihad* als die sechste individuelle Pflicht eines jeden Muslims definiert, die ursprünglich zu den heute (nur) „fünf Säulen des Islam“ (Glaubensbekenntnis, fünfmaliges Gebet am Tag, Fasten, Almosen geben, Wallfahrt nach Mekka) gehört habe. Nach dieser Eigendefinition erfüllt die **Djihad-Gruppe** eine religiöse Pflicht, wenn sie gegen Andersdenkende vorgeht.

² Vgl. hierzu: Der gerechte Krieg: Christentum, Islam, Marxismus. Redaktion Reiner Steinweg, edition suhrkamp (Neue Folgr Bd.17), Frankfurt/Main 1980.

1. Der innere Feind

Die Primärziele islamistischer Aktionen sind *innere Feinde*, d.h. die eigenen Regierungen und ihre Repräsentanten. Dazu zählen alle, die die Regierungspolitik stützen, wie Mitglieder des Militär-, Polizei- und Geheimdienstapparats und der Justiz; Religions- und Rechtsgelehrte (arab.: *ulama*); Medienvertreter wie Journalisten, Schriftsteller, Sänger etc., die sich als Islamismus-Kritiker outen; Frauen, die sich weigern, ihre Berufstätigkeit aufzugeben oder einen Ganzkörperschleier anzulegen. Zu den inneren Feinden gehören gleichfalls konkurrierende islamistische Gruppen des eigenen Landes, da jede Organisation für sich einen Absolutheitsanspruch auf die allein gültige Wahrheit reklamiert! Dieser Tatbestand erklärt, warum sich die Gruppen gegenseitig ideologisch und/oder militärisch bekämpfen.

Die Gründe für die Ablehnung der eigenen Regierungen sind vielfältig: Die Bevölkerungsexplosion vieler Staaten der Region frisst jede noch so prosperierende Wirtschaft auf. Die knappen Ausbildungs- und Arbeitsplätze werden nicht nur nach Qualifikation vergeben, sondern auch nach der Zugehörigkeit zur politischen, ökonomischen, militärischen oder religiösen Elite. Den jungen Leuten mangelt es an Perspektiven durch den ohnehin schon belasteten Arbeitsmarkt.³ Die Arbeitnehmer sind aufgrund der schlechten Wirtschaftslage gezwungen, mehrere Jobs anzunehmen. Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherungen werden in den meisten Staaten aufgrund leerer Kassen erst gar nicht angedacht. Die Unzufriedenheit mit der Misswirtschaft, der Korruption und dem Nepotismus der Regierungen wächst.

³ Ein Gegensteuerungsmechanismus liegt in der Zurückdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt. Gerade in traditionellen Staaten wird Frauen die Rückkehr in die Familie und die Erziehung der Kinder als „religiöse Pflicht“ und als „politische Aktion“ gleichermaßen „verkauft“.

In diesem Kontext stellt sich auch die Frage der **Legitimität der Regierungen**.⁴ Islamistische Organisationen kritisieren *sui generis* die Rechts- und Religionsgelehrten ihrer Heimatländer, die in den vergangenen Jahrzehnten die Politik der jeweiligen Machthaber islamisch legitimiert haben. Islamisten postulieren daher die Abschaffung des Religionsmonopols für staatlich ausgebildete *Ulama* (Ausnahmeland: Iran)! Konsequenterweise sind die meisten der islamistischen Führungspersönlichkeiten keine Religionsgelehrten.⁵

Das „Heer der Unzufriedenen“ bildet die ideale Basis für eine erfolgreiche islamistische Propaganda, die ihre Gruppen als Alternative zu den korrupten Regimen präsentiert.

2. Die Internationalisierung des Islamismus

Die **Kolonialherrschaft** Großbritanniens, Frankreichs und Russlands im 20. Jahrhundert bewirkte bei den betroffenen muslimischen Staaten Unterlegenheits- und Minderwertigkeitsgefühle. Wenn bildhaft erklärt wird, „Amerika werde einen *Kreuzzug gegen den internationalen Terrorismus führen*“, dann kann dies traumatische Erinnerungen an die Zerstörungen und Brutalitäten der mittelalterlichen Kreuzzüge wachrufen. Das Bewusstsein, dem westlichen *know how* weder militärisch noch wirtschaftlich etwas entgegenzusetzen zu können sowie die finanzielle Abhängigkeit

⁴ Bestehende Machtstrukturen werden mittlererweile auch in „demokratischen Systemen“ vererbt, wie das Beispiel Syrien im Jahr 2000 gezeigt hat. Es steht zu erwarten, dass die Form der „Präsidenten-Monarchie“ von anderen islamischen Staaten übernommen wird.

⁵ ... sondern Mediziner (**Ayman az-Zawahiri**, Ex-Führer des **Ägyptisch-Islamischen Djihad**), Ingenieure (**Usama bin Ladin**) etc. Berühmteste Ausnahme war **Ayatollah Khomeini**, der „rechtgeleitete Gottesgelehrte“ und Führer der iranischen Revolution von 1979.

vieler Staaten von westlichen Geldgebern, ist stärker denn je der Stachel im Fleisch der islamischen Identität.

Die jahrzehntelang einseitige proisraelische Haltung der USA gilt in muslimischen Ländern als Paradebeispiel für die Politik der „doppelten Standards“: Israel erhalte eine *Carte blanche* für seinen „Staatsterrorismus“, der sich in der Siedlungspolitik, den Menschenrechtsverletzungen, der Kollektivbestrafung von Palästinensern durch Abriegelung ihrer Gebiete, gezielte Todesschüsse auf islamistische Aktivisten etc. äußere. Gleichzeitig verhindere die USA durch ihr Veto-Recht bei UN-Resolutionen des Weltsicherheitsrats Verurteilungen und mögliche Sanktionen gegen den israelischen Staat. Die Palästinenser hätten in den USA keine vergleichbare Lobby wie die Israelis.

„Doppelte Standards“ werden von muslimischen Staaten z.B. auch in der aktuellen Afghanistan-Politik der USA ausgemacht. Die radikal-islamistischen **Taliban** wurden ab Mitte der 1990er Jahre über den Umweg des pakistanischen militärischen Geheimdienstes **ISI (Inter-Services Intelligence)** als Gegenmacht zum „Schurkenstaat“ Iran mit US-Mitteln unterstützt. Erst als sie sich weigerten, **Usama bin Ladin** auszuliefern, wurden sie auf die Liste der terroristischen Organisationen gesetzt.

Fazit Nr. 3: Militant-islamistische Gruppen bedrohen in erster Linie die innere Sicherheit ihrer Heimatländer. Die anti-westliche Position ist eine Folge der kolonialen Vergangenheit, der „doppelten Standards“ sowie der technischen, ökonomischen und militärischen Inferiorität (Unterlegenheit). Islamismus ist eine Defensiv-Reaktion auf die als überlegen empfundenen westlichen „-ismen“. In diesem Kontext sind viele Muslime „Globalisierungsgegner“ der Verwestlichung.

IV. Separatistisch-nationalistische und religiös motivierte Organisationen

Zu den bekanntesten nationalistischen Parteien im Raum des Nahen und Mittleren Ostens zählen die palästinensischen Befreiungsorganisationen.⁶ Die Feindbild-Problematik konzentriert sich auf den Staat Israel und die „Zionisten“.⁷ Die säkularistische PLO (Palestine Liberation Organization), die marxistischen Gruppen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas, die religiös motivierte HAMAS „Begeisterung“) und zahlreiche radikale Kleinstgruppen haben sich den bewaffneten Kampf „zur Befreiung Palästinas“ zum Ziel gesetzt. Während die PLO unter Yasir Arafat bereits 1988 erstmals das Postulat, den Staat Israel gewaltsam zu zerstören, aufhob, hält die HAMAS unter Shaikh Yasin am „heiligen Krieg gegen den Zionismus“ fest. Seit der ersten Intifada von 1987 hat die Militanz der HAMAS deutlich zugenommen und den moderaten Flügel in den Hintergrund gedrängt. Einzelne Mitglieder der Fatah, der stärksten Fraktion innerhalb der PLO, haben sich mit Gesinnungsgenossen der militanten HAMAS-Fraktion zusammengesetzt. Die Fatah, deren „Noch-Vorsitzender“ Arafat ist, wird infolgedessen zunehmend radikalisiert. Deutliches Zeichen hierfür ist die Bildung der sog. al-Aqsa-Brigaden, einer Gruppe junger Leute unter 25 Jahre, die für zahlreiche Anschläge und Selbstmordattentate der vergangenen Monate verantwortlich zeichnet.

⁶ Auf andere separatistisch-nationalistische Gruppen wie z.B. die kurdische PKK und die libanesische Amal-Miliz kann im Rahmen dieses Artikels leider nicht eingegangen werden.

⁷ Die schiitische Hizbollah hat sich gleichfalls den Kampf gegen Israel zum Ziel gesetzt, ist aber nach ihrem Selbstverständnis eine libanesische Partei.

V. Die Zeit nach dem 11. September 2001

Die Erkenntnisse der letzten Monate sind folgende:

- (1) Radikal-islamistische Organisationen wurden durch die Rückkehr der Arabischen Afghanen (muslimische Kämpfer aus allen Ländern der Welt) in ihre Heimatländer nach 1992 radikalisiert. Die Afghanistanveteranen bilden die Bindeglieder (das Netzwerk) zwischen den einzelnen islamistischen Gruppen weltweit und tragen dazu bei, dass ehemals konkurrierende Organisationen ihre ideologischen Unterschiede zurückstellen.
- (2) Die Bildung einer „islamistischen Internationale“ unter der Dachorganisation al-Qa'ida („Die Basis“) ist der erste Versuch, weltweit radikal-islamistische Aktivitäten unter einer Führung zu bündeln.⁸
- (3) Das Feindbild USA, seit Jahrzehnten mehr oder weniger latent vorhanden, bildet den gemeinsamen Nenner des militant-islamistischen Lagers.
- (4) Die im westlichen Ausland studierenden Islamisten sind in der Lage, sich über Jahre hinweg als sog. „Schläfer“ in einer „feindlichen Gesellschaft“ perfekt zu tarnen. Diese Fähigkeit der Dissoziation („Abspaltung“),⁹ vergleichbar mit der Bildung zweier voneinander unabhängiger Persönlichkeiten, einer islamistischen in der Heimat und einer pro-westlichen im Gastland, bedarf jahrelanger Trainings.
- (5) Die Ideologie vom gottgefälligen Märtyrertum existierte ursprünglich nur in der „Konfession“ der Schia (arab.: *shi'a*).¹⁰ In den letzten Jahren haben nicht nur sunnitisch-islamistische Gruppen die Märtyrer/(*shahid*)-Ideologie übernommen,

⁸ Zusammenarbeit auf Ausbildungsebene von Mitgliedern diverser Organisationen hat es bereits in früheren Jahrzehnten gegeben.

⁹ Hania Luczak: Die Macht, die aus der Ohnmacht kommt. In: Geo Epoche: 11. September 2001, S. 86-91.

¹⁰ Die Schiiten bilden 10-15 Prozent der islamischen Weltbevölkerung.

sondern auch säkularistisch-laizistische Regierungen wie z.B. der Irak unter Saddam Husain. Die „Märtyrer“ erhalten neben der Verheißung des Paradieses zusätzliche finanzielle Anreize für die Absicherung ihrer Hinterbliebenen, die u.a. vom Irak mitfinanziert werden.

- (6) Mit den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon wurde der „amerikanische Feind“ erstmalig auf Heimatboden angegriffen, ein deutliches Symbol für das erstarkte Selbstbewusstsein islamistischer Anführer. Eine neue Qualität terroristischer Gewaltbereitschaft zeigt sich auch in der „Wahl der Waffen“.
- (7) Die eskalierende Situation im Israel-Palästina-Konflikt gibt terroristischen Organisationen der islamischen Länder sowohl die „Pseudo-Begründung“ für einen bewaffneten Kampf als auch einen enormen Motivationsschub.

Terroristische Organisationen aus dem Bereich des Nahen und Mittleren Ostens bilden – neben wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen – die größte Gefahr für demokratische Entwicklungen in den Heimat- als auch in den Gastländern. Fanatisierbare Personen der radikalen Bewegungen stellen das Hauptbedrohungspotential dar. Um zu „menschlichen Bomben“ zu werden, sind individuelle Negativ-Erfahrungen notwendig: Die Angst vor der „Moderne“, die als Bedrohung der eigenen islamischen Identität angesehen wird; die Identifizierung mit traumatischen Erfahrungen anderer Muslime (z.B. der Palästinenser); die politische Unmündigkeit in der Heimat etc. All dies – gepaart mit einer ausgeprägten Wut – bedarf der Kanalisierung auf einen Feind. Hier setzen islamistische Führungspersonen an, die potentielle Selbstmordattentäter und „Schläfer“ selektieren und ausbilden. Die natürliche Hemmschwelle, andere Menschen zu töten, wird durch eine „religiöse Verpackung“, spezielle psychologische Trainingsmethoden und die Herabsetzung des Gegners durch die Benutzung von Feindbildern gesenkt. Die Enttarnung von „Schläfern“ ist schwierig,

denn leider sieht man ihnen ihre „wahre Gesinnung“ nicht an.

Mit der Finanzkraft einzelner Organisationen und Personen, *sui generis* der Qa'ida unter Bin Ladin, steigt die Möglichkeit des Erwerbs von moderner Technologie in allen Bereichen (Computer, Satellitenanlagen, Waffensysteme etc.). Bin Ladin hat von der „heiligen Pflicht“ gesprochen, zumindest Bio-Chemische (B & C)-Waffen zu erwerben. Bislang ist in Bezug auf al-Qa'ida nicht beweisbar, dass eine Form von Proliferation stattgefunden hat. Es gibt Hinweise darauf, dass neben dem Irak auch andere Länder an der Produktion der „Atom-bombe des kleinen Mannes“ (B & C-Waffen) gearbeitet haben sollen. Eine diesbezügliche Verbindung zwischen al-Qa'ida-Extremisten und den betreffenden Ländern ist derzeit nicht verifizierbar. Terrorismus-Experte Walter Laqueur hält es momentan für unwahrscheinlich, dass Länder wie der Irak bereit sein könnten, ihre „Trumpfkarte“ zu exportieren. Giftgasangriffe gegen die eigene oder fremde Bevölkerungen, z.B. in den 1980er Jahren im Irak gegen aufständische Kurden und iranische Soldaten, haben gezeigt, dass die Hemmschwelle, derartig hoch toxische Waffentechnologie einzusetzen, sinkt.

VI.: Schlussfolgerungen

„Schubladendenken“ schadet mehr als es nützt. Formulierungen wie „die Achse des Bösen“ und „Schurkenstaaten“ stärken den Kampfeswillen der sich kollektiv angegriffen fühlenden Muslime gegen eine Supermacht, die für sich in Anspruch nimmt, andere Staaten in gut und böse einzuteilen. Solche Äußerungen stärken letztlich diejenigen, die sie eigentlich schwächen sollen, Personen wie Bin Ladin und Saddam Husain.

Die personengebundene Konzentration des Anti-Terror-Kampfes auf Bin Ladin überdeckt, dass hinter ihm mindestens gleichwertige „Köpfe“ stecken wie z.B. Ayman az-Zawahiri, der

einen großen Einfluss auf Bin Ladin zu haben scheint. Ein militärisches Vorgehen gegen den Irak dürfte in den arabischen Staaten als eine Begleichung noch offener Rechnungen interpretiert werden. Nur wenn beweisbar wäre, dass Saddam Bio-Chemische Waffen an terroristische Organisationen weitergegeben hätte bzw. seinerseits Angriffe mit solchen Mitteln gegen Nachbarstaaten planen würde, könnten die USA arabischen Länder in die Anti-Irak-Allianz holen. Der Preis der teilnehmenden arabischen Staaten wäre allerdings „die Frage der Legitimität ihrer Regierungen“, die sich – aus islamistischer Sicht – zu Vassallen der Amerikaner gemacht hätten.

Die Lösung des Israel-Palästina-Konflikts würde den islamistischen Gruppen die vorgeschobene Argumentation, letztlich gehe es um die Befreiung Jerusalems, nehmen.

Generell müssen sich alle Staaten der Anti-Terror-Allianz darüber im klaren sein, dass sie u.U. in ihren Heimatländern mit terroristischen Angriffen leben müssen. Das wäre in den betroffenen Ländern ein wirklicher Prüfstein der Demokratie.

Weiterführende Literatur-Verweise

- Laqueur, Walter: Die globale Bedrohung. Neue Gefahren des Terrorismus, München 2001.
- Lüders, Michael: „Wir hungern nach dem Tod“. Woher kommt die Gewalt im Dschihad-Islam?, Zürich/Hamburg 2001.
- Rotter, Gernot (Hrsg.): Die Welten des Islam, Frankfurt am Main 1993.
- Ulfkotte, Udo: Propheten des Terrors. Das geheime Netzwerk der Islamisten, München 2001.

Anmerkung zur korrekten Umschrift

deutsche Umschrift im Text	korrekte arabische Umschrift
Shari'a oder Scharia	šar'a
Koran	qur'_n
Hasan al-Banna	Hasan al-Bann_
Djama'at al-ikhwan al-muslimin	_am_ʿat al-ihw_n al-muslimn
Taliban	T_lib_n
Djama'at al-djihad	_am_ʿat al-_ih_d
Djihad-Gruppe	_ih_d-Gruppe
at-Takfir wa-l-hidjra	at-Takfr wa-l-hi_ra
Djama'at islamiya	_am_ʿat isl_mya
Ulama	'ulam_'
Usama bin Ladin oder Bin Ladin	Us_ma bin L_din
Harakat al-muqawamat al-islamiya	Harakat al-muq_wamat al-isl_mya
Ayatollah Khumaini	Ayatull_h Khumain
Hizbollah	Hizb All_h
Yasir Arafat	Y_sir ʿAraf_t
Shaikh / Schaikh Yasin	Saih Yasn
Intifada	intif_da
Fatah	Fatah
al-Aqsa	al-Aqs_
al-Qa'ida oder die Qa'ida	al-Q_ʿida
Shi'a oder Schia	š'a
shahid	šahd
Saddam Husain	Sadd_mH usain
Ayman az-Zawahiri	Ayman az-Zaw_hir
Ruz al-Yusuf	R_z al-Y_suf

Es stellt sich aktuell die Frage, was denn freiheitliche demokratische Politik gegen menschenverachtende, fanatische „Krieger“ ausrichten kann. Der Schutz der eigenen Bevölkerung vor Angreifern von außen oder im Inneren ist und bleibt wesentliche Aufgabe des Staates und ist letztlich auch Voraussetzung für dessen Akzeptanz. Der Autor, Dr. Carsten Giersch, widmet sich diesem Aspekt der terroristischen Bedrohung unter besonderer Berücksichtigung der Gegenwehr durch militärische Abschreckung.

Dr. Carsten Giersch, geb. 1965 in Oberhausen/Rhld., Studium, Promotion und Post-Doc Fellowship in Erlangen-Nürnberg, Bonn und Harvard; seit 2000 Wissenschaftlicher Assistent für Politikwissenschaft an der Universität Rostock. Publikationen u.a.: Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991-1995. Die Rolle von OSZE, EU, UNO und NATO, Baden-Baden 1998. Sicherheitspolitische Probleme im Ostseeraum, in: Detlef Jahn/Nikolaus Werz (Hg.): Politische Systeme und Beziehungen im Ostseeraum, München 2002.



Internationaler Terrorismus und militärische Abschreckung

Die verheerenden Anschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington D.C. verursachten eine tiefgreifende Veränderung der Sicherheitsparameter für die USA und für alle westlichen Demokratien. Während in den 1990er Jahren die Probleme militärischer Friedensoperationen und humanitärer Interventionen in ethnischen Konflikten, insbesondere auf dem Balkan, im Vordergrund standen, hat sich der „Superterrorismus“ zur nunmehr größten strategischen Herausforderung des 21. Jahrhunderts entwickelt. Die eigentlich getrennten Felder der Verteidigungspolitik, der inneren Sicherheit, und der multilateralen Diplomatie müssen aufs engste miteinander vernetzt werden, um dieser Herausforderung zu begegnen. Notwendig ist eine Gesamtstrategie aus militärischer Abschreckung, kriminalistischer Prävention und diplomatischer Ächtung des islamistisch-fundamentalistischen Terrorismus, ohne dass der Westen dabei in die Falle eines Kulturkampfes mit dem Islam läuft.

Im folgenden wird zunächst ausgeführt, warum die von Osama bin Laden gegründete Terrororganisation Al Kaida, die für die Anschläge vom 11. September 2001 verantwortlich ist, eine qualitativ neue Bedrohung darstellt. Anschließend konzentriert sich der Beitrag auf einige Überlegungen, die für die Frage militärischer Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung von Bedeutung scheinen. Dabei wird insbesondere auf die Strategiediskussion über die Entwaffnung des Irak einzugehen sein.

Es sind im wesentlichen zwei Merkmale, durch die sich der religiös motivierte Terrorismus von Al Kaida von den herkömmlichen Formen des Terrorismus unterscheidet: wir haben es mit einem finanziell bestens ausgestatteten und global operierenden Netzwerk islamistisch-fundamentalistischer Zellen zu tun, was die Aufdeckung von Vorbereitungen für Anschläge erheblich erschwert; damit einher geht die Bereitschaft zur unbegrenzten Anwendung von Gewalt, auch gegen Zivilisten, auch unter Einsatz von Massenvernichtungswaffen.

Im Unterschied dazu lagen dem ethnisch-separatistischen (z. B. ETA, IRA) und dem linksrevolutionären Terrorismus (z.B. RAF, Rote Brigaden) territorial und politisch begrenzte Zielsetzungen zugrunde. Wenn auch hier immer wieder unbeteiligte Zivilisten in Mitleidenschaft gezogen wurden, richteten sich die Anschläge hauptsächlich gegen Repräsentanten des Staates. Die Demonstration staatlicher Ohnmacht sollte die eigene Klientel (Ethnie bzw. Arbeiterklasse) mobilisieren und den Staat zu einer repressiven Überreaktion provozieren, die seine Selbsterstörung durch Legitimationsverlust einleiten würde. So selten dieses Kalkül in der Praxis aufgegangen ist, im Rahmen dieser Aktions-Repressions-Spirale wurde terroristische Gewalt in der Regel strategisch begrenzt und politisch motiviert eingesetzt.

Der islamistisch-fundamentalistische Terrorismus ist religiös motiviert, insbesondere in seinem Streben nach der Zerstörung des Staates Israel und im „Heiligen Krieg“ gegen die USA.

Das bedeutet, Gewalt wird zum sakralen Akt, zur von Gott gewollten Pflicht, vermittelt durch geistliche Autoritäten. Wie die Selbstmordattentate von Hamas und Islamischer Dschihad in Israel in grausamer Regelmäßigkeit zeigen, werden Zivilisten nicht nur nicht geschont, sondern als Opfer geradezu ausgesucht. Das Ausmaß der religiös motivierten Gewalt ist unbegrenzt, weil sie sich gegen jeden richten kann, der der eigenen religiösen Mission im Wege steht.

Die Auswahl des World Trade Center als Ziel für die Flugzeugattentate folgte der Maxime, den USA größtmöglichen Schaden zuzufügen. Osama bin Laden und weitere Sprecher von Al Kaida haben ausdrücklich damit gedroht, Anschläge auch mit atomaren, biologischen oder chemischen Waffen durchzuführen. Des Weiteren ist dem Manifest der 1998 gebildeten „Internationalen Islamischen Front“, eine Art Dachverband von Al Kaida, den beiden einflussreichen ägyptischen Terrororganisationen Jihad Islamiya und Gama'a Islamiya sowie weiteren militant-islamistischen Gruppierungen, das folgende sogenannte fatwa (verbindliches Gutachten islamischer Rechtsgelehrter) zu entnehmen: „Die Amerikaner und ihren Verbündete, ob Zivilisten oder Militärs, zu töten und zu bekämpfen, ist die Pflicht eines jeden Muslims in jedem Land, der dazu in der Lage ist“. Diese Erklärung eines totalen Krieges sollten sich die Europäer vor Augen halten, die sie sich in dem Glauben wiegen, bin Laden sei in erster Linie ein Problem der Amerikaner.

Ist das nun der von dem Harvard-Professor Samuel Huntington vorhergesagte „Kampf der Kulturen“, die neue kriegerische Hauptkonfliktlinie des 21. Jahrhunderts zwischen islamischer und westlicher Welt? Auch wenn Osama bin Laden den Heiligen Krieg gegen alle „Juden und Kreuzfahrer“, wie er sich

ausdrückt, so sehen sollte, so muss nachdrücklich zwischen dem Islam und dem gewaltbereiten islamistischen Fundamentalismus unterschieden werden. Allerdings ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die Gründe, die bin Laden für seinen Dschihad anführt, bei vielen gläubigen Muslimen auf Sympathie stoßen, auch wenn sie Gewalt ablehnen. Der Hass gegen die USA eskalierte mit der Stationierung von amerikanischen Truppen in Saudi-Arabien, für bin Laden die „Besetzung des Landes mit den beiden heiligen Stätten“ (Mekka und Medina) und damit eine unerhörte Gotteslästerung, die er zu rächen sich berufen fühlt. Außerdem macht er die USA wegen ihrer Unterstützung Israels für die Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung ebenso mitverantwortlich wie für die humanitären Folgen der UN-Sanktionen gegen den Irak.

Dabei wird ausgeblendet, dass die islamistisch-palästinensischen Terroristen ihrerseits bis zuletzt das Existenzrecht Israels infrage stellten, aber soviel ist klar: je schneller eine stabile Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts erreicht wird, desto eher versiegt auch eine der großen Quellen des islamistischen Fundamentalismus. Was nun die militärische Anwesenheit der Amerikaner auf der arabischen Halbinsel angeht, so ist diese auf den irakischen Überfall auf Kuwait 1990 und die darauf folgende, durch die Vereinten Nationen autorisierte, Befreiung des Landes als Maßnahme kollektiver Sicherheit zurückzuführen. Die UN-Sanktionen gegen den Irak wiederum sind Folge der in der Vergangenheit mangelnden Kooperation des irakischen Regimes mit der UN-Inspektionskommission (UNSCOM), die auf der Grundlage einschlägiger Resolution des UN-Sicherheitsrats eine zweifelsfreie und restlose Beseitigung der vom irakischen Diktator Saddam Hussein angehäuften Massenvernichtungswaffen sicherstellen sollte.

Dass der Irak ein nach dem 1998 erzwungenen Abzug der UN-Waffeninspektoren wachsendes internationales Sicherheitsrisiko darstellte, war den Fachkreisen auch vor dem 11. September 2001 stets bewusst. Die sachlichen Verbindungen zum Problem des internationalen Terrorismus werden seither allerdings als weitaus brisanter eingestuft. Dabei bewegt sich Saddam Hussein als Förderer und Financier des palästinensischen Terrorismus sozusagen noch im konventionellen Bereich. Von anderer Qualität sind die Indizien, die darauf hinweisen, dass er unverändert bestrebt ist, die Atombombe zu bauen, und dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis ihm das gelingt. Eine arabische Vormachtstellung Saddams, ausgestattet mit einem nuklearen Erpressungspotential, wäre eine inakzeptable Sicherheitsbedrohung Israels und des westlichen Zugangs zu den strategischen Ölreserven im Mittleren Osten. Gänzlich unerträglich, insbesondere für die Amerikaner nach der traumatischen Erfahrung der Verwundbarkeit durch den „Superterrorismus“ ist die Vorstellung, dass Saddam Hussein biologische, chemische und nukleare Massenvernichtungswaffen an Al Kaida-Aktivisten weitergeben könnte. Dabei spielt es keine Rolle, ob es in der Vergangenheit konspirative Kontakte zwischen Saddam Hussein und Al Kaida gegeben hat. Entscheidend ist allein, dass ein derartiges Szenario in Zukunft droht.

Im Mittelpunkt der gegenwärtigen westlichen Strategiediskussion steht daher auch nicht die Frage ob, sondern wie die Entwaffnung des brutalen und unberechenbaren Regimes Saddams erfolgen soll. Dabei ist die mögliche Option des US-Präsidenten George W. Bush für einen militärisch zu erzwingenden Regimewechsel durchaus umstritten. Das andere Ende der Meinungsskala bildet die von der deutschen Regierung von Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer festgelegte Position des Gewaltverzichts gegenüber dem Irak.

Tatsächlich wirft die Kontroverse über die Rolle der militärischen Abschreckung gegenüber dem internationalen Terrorismus eine Reihe von schwierigen konzeptionellen Problemen auf: Zunächst einmal ist nicht zu leugnen, dass bei einem Krieg gegen den Irak eine islamistische Solidarisierungswelle losgetreten werden könnte, letztlich das Risiko der Eskalation zu genau dem Kampf der Kulturen besteht, den der Westen ja verhindern will. Um dieses Risiko zu mindern, muss die etwaige Anwendung militärischer Maßnahmen strengen politischen und völkerrechtlichen Kriterien unterworfen werden. In Betracht kommt dabei eigentlich nur die säkulare Antithese zum „Heiligen Krieg“ der Islamisten, nämlich die traditionelle Doktrin des „Gerechten Krieges“ oder, zeitgemäßer formuliert, des gerechtfertigten Krieges, die sieben Anforderungen kennt.

Im Falle Afghanistans wurden diese Kriterien zur Legitimation herangezogen und auch mehr oder weniger eingehalten. Nachdem das Taliban-Regime weder auf wirtschaftlichen noch auf diplomatischen Druck hin Anstalten unternahm, die Al Kaida-Ausbildungslager in Afghanistan zu schließen und Osama bin Laden auszuliefern, wurden nach dem 11. September 2001 militärische Maßnahmen (1) zum letzten Mittel. Der Krieg gegen den vom Boden Afghanistans ausgehenden Terrorismus war ein (2) Akt der Selbstverteidigung der USA, der durch die Resolution des UN-Sicherheitsrates 1373 vom 28. September 2001 (3) eine internationale Legitimierung erfuhr. Auch bestanden (4) berechnete Erfolgsaussichten und (5) die rechte Absicht, nämlich Frieden in Afghanistan zu stiften und den Aufbau einer demokratischen Regierung zu unterstützen. Die Wahrung der (6) Verhältnismäßigkeit der Mittel und die (7) Schonung von Zivilisten sind als operative Leitlinien der Kriegsführung in Afghanistan ebenfalls nachvollziehbar gewesen.

Die neue nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, die auch „präventive Selbstverteidigung“ gegen Staaten und terroristische Gruppen vorsieht, die den Einsatz von Massenvernichtungswaffen planen, und zu deren erstem Anwendungsfall der Irak werden könnte, muss sich an den Kriterien des Gerechten Krieges messen lassen. Nach dem Völkerrecht ist präventive Selbstverteidigung nur im Falle einer unmittelbaren Bedrohung zulässig. In der neuen Sicherheitsstrategie wird argumentiert, dass im Gegensatz zu einem konventionellen Angriff, der sich etwa durch die Mobilisierung von Streitkräften ankündigt, ein bevorstehender Terrorangriff nicht erkennbar sei. Die Schlussfolgerung, dass „der Begriff der unmittelbaren Bedrohung an die Fähigkeiten und Zielsetzungen der heutigen Gegner anzupassen“ sei, ist von namhaften Völkerrechtlern zurückgewiesen worden.

Die in der Bush-Doktrin enthaltenen Einschränkungen – Gewaltanwendung nur falls notwendig, bedachtsames Vorgehen aufgrund verbesserter Aufklärung unter Abwägung der Folgen, Koordination mit den Verbündeten – bleiben zwar unverbindlich, mögen aber doch Aufschluss darüber geben, dass hier nicht einem ungehemmten und grenzenlosen Interventionismus das Wort geredet wird. Eher stellt sich die präventive Intervention im Rahmen der umfassenderen Gesamtstrategie gegen den internationalen Terrorismus als eine äußerste Option dar, mit der eine maximale Abschreckungswirkung auf potentielle Gegner ausgeübt werden soll.

In diesem Lichte ist auch die gegenwärtige Irak-Politik der Bush-Administration zu sehen. Die Drohung mit einem militärischen Sturz Saddams kann nur Glaubwürdigkeit erlangen, wenn alle Vorbereitungen getroffen werden, die Drohung auch wahr zu

machen. Das ist die simple Logik der Abschreckung. Tatsächlich wurde eine derart überzeugende Drohkulisse aufgebaut, dass auch die europäischen Verbündeten sowie die Großmächte Russland und China glaubten, dass die USA notfalls einseitig vorgehen werden, falls der UN-Sicherheitsrat nicht seine Verantwortung für das Irak-Problem wahrnimmt. Man kann eine solche Politik als krude Erpressung ablehnen. Immerhin hat aber Saddam Hussein erst unter dem Eindruck der Kriegsdrohung eingewilligt, über die Rückkehr der UN-Waffeninspektoren zu verhandeln. Und erst die mögliche Option der USA für ein einseitiges Vorgehen hat den UN-Sicherheitsrat veranlasst, sich überhaupt mit der Durchsetzung eines Entwaffnungsregimes gegenüber dem Irak zu befassen. Verlauf und Ausgang der Irak-Krise hängen von der Bereitschaft Saddams ab, mit den Vereinten Nationen zu kooperieren. In jedem Fall dürfte die Bush-Administration die Kriegsdrohung als äußerste Option aufrechterhalten, um den irakischen Diktator von seinen notorischen Ausweichmanövern und Betrugsversuchen abzuschrecken.

Entscheidend für die Beurteilung der in der neuen nationalen Sicherheitsstrategie der USA enthaltenen Option der präventiven Selbstverteidigung ist letztlich die Frage, unter welchen Bedingungen sie tatsächlich ausgeführt werden würde. Im Falle des Irak hat der US-Kongress die ursprünglich von Bush geforderte umfassende Vollmacht insoweit abgeschwächt, dass vor einer Gewaltanwendung zuerst alle diplomatischen Mittel zur Durchsetzung der bestehenden UN-Resolutionen ausgeschöpft sein müssen. In diesem Zusammenhang gilt ein entschiedenes Handeln des UN-Sicherheitsrats als erstrebenswert, wird jedoch nicht zur Vorbedingung gemacht. Dadurch sollten sowohl der Handlungsdruck auf den Sicherheitsrat als auch die Abschreckungswirkung der amerikanischen Kriegsdrohung aufrechterhalten werden.

Es wurde innerhalb der Bush-Administration durchaus verstanden, dass es im Interesse der USA liegt, internationalen Rückhalt für ihre neue Sicherheitsstrategie gegen den internationalen Terrorismus zu gewinnen. Begründung und Durchführung einer tatsächlichen militärischen Operation zur präventiven Selbstverteidigung müssen sich daher ebenfalls an den einschlägigen Kriterien eines gerechtfertigten Krieges messen lassen:

- (1) Gewalt bleibt letztes Mittel, es sei denn, Gefahr ist in Verzug.
- (2) Das festgestellte Terrorpotential und Sicherheitsrisiko müssen groß genug sein, um eine gewaltsame Eindämmung zu rechtfertigen; dem Zielakteur muss Gelegenheit bleiben, zu beweisen, dass von ihm kein Sicherheitsrisiko ausgeht, bzw. dass er bereit ist, ein solches zu beseitigen.
- (3) Es muss sich vorrangig der UN-Sicherheitsrat mit dem terroristischen Sicherheitsrisiko befassen. Ist er nicht beschluss- oder handlungsfähig, wäre für eine präventive Intervention eine multilaterale Koalition zu bilden.
- (4) Das militärische Vorgehen muss spezifisch und zielgerichtet erfolgen, um die Ursachen des terroristischen Sicherheitsrisikos auszuschalten. Zur rechten Absicht gehört auch, dass mit einer präventiven Intervention Verantwortung für die staatliche und regionale Stabilität erwächst.
- (5) Der bei den meisten militärischen Operation bestehende Zielkonflikt zwischen Erfolgsaussichten und Verhältnismäßigkeit der Mittel besitzt bei präventiven Interventionen besondere Brisanz und muss auf akzeptable Weise lösbar sein.

Im Falle des Irak entstehen angesichts des letztgenannten Kriteriums – Abwägung des vom Regime ausgehenden internationalen Sicherheitsrisikos gegen das Risiko ziviler Opfer unter der irakischen Bevölkerung – die größten Bedenken gegenüber einem Präventivkrieg.

Insgesamt sind diese politisch-militärischen Kriterien für präventive Selbstverteidigung eng genug gefasst, um Interventionismus zu unterbinden; andererseits sind sie weit genug gefasst, um die Option der Drohung mit Gewalt zur militärischen Abschreckung gegen den internationalen Terrorismus einzusetzen.

Die Irak-Krise hat auch deutlich werden lassen, wie unterschiedlich die strategischen Kulturen der Europäer und der US-Amerikaner sind. Die europäischen Regierungen, mit Ausnahme des britischen Premierministers Tony Blair, setzen nicht auf das Spiel der Abschreckung. Dieses Zögern und Zaudern und die dadurch fehlende klare Haltung lässt Zweifel an der Geschlossenheit und Entschlossenheit der transatlantischen Gemeinschaft zu.

Im Ergebnis muss die NATO vordringlich ein neues strategisches Konzept zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus entwickeln, das eine glaubwürdige Doktrin der Eindämmung und Abschreckung von Staaten einschließt, die Terrorismus aktiv fördern und mit dem Erwerb von Massenvernichtungswaffen die internationale Sicherheit gefährden. Eine solche Abschreckungsdoktrin, die militärische Maßnahmen als letztes Mittel, aber gegebenenfalls auch präventiv vorsieht, ist wesentlicher Bestandteil einer wirksamen Gesamtstrategie gegen den internationalen Terrorismus. ■

Literatur

- Peter Bergen, Heiliger Krieg Inc., Berlin 2001.
- Kurt M. Campbell/Michèle A. Flournoy, To Prevail. An American Strategy for the Campaign Against Terrorism, Washington D.C. (CSIS) 2001.
- Bruce Hoffman, Terrorismus. Der unerklärte Krieg, Frankfurt/M. 2001.
- Walter Laqueur, Die globale Bedrohung. Neue Gefahren des Terrorismus., München 2001.
- Michael Pohly/Kahlid Durán, Osama bin Laden und der internationale Terrorismus. München 2001.
- Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten unter <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>

Begriffe aus der Welt der Nachrichtendienste von A - Z

O wie Offenbarung

Die Offenbarung ist das Eingeständnis einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit für einen gegnerischen Nachrichtendienst.

O wie Operationsgebiet

Als Operationsgebiet wird das Land bzw. Gebiet bezeichnet, in dem ein gegnerischer Nachrichtendienst seine Aufklärungsbemühungen durchführt.

P wie Perspektivagent

Ein Perspektivagent ist ein inoffizieller Mitarbeiter eines Nachrichtendienstes, der eine berufliche Karriere anstrebt. Dieser Agent arbeitet u. U. mehrere Jahre lang im normalen Erwerbsleben, ist jedoch für eine Einschleusung in ein nachrichtendienstliches Zielobjekt vorgesehen.

R wie Reaktivierung

Bemühungen eines Nachrichtendienstes, einen (auch vorübergehend) abgeschalteten Agenten wieder zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit zu bewegen.

R wie Residentur

Als Residenturen bezeichnen deutsche Nachrichtendienste die Stützpunkte ausländischer Geheimdienste in Deutschland. Es gibt „Illegale Residenturen“, wie z. B. Handelsvertretungen und Tarnfirmen, sowie „Legalresidenturen“ (Konsulate und Botschaften).

S wie Selbstanbieter

Selbstanbieter sind Personen, die sich einem Nachrichtendienst gegenüber freiwillig für eine entsprechende Mitarbeit anbieten.

S wie Spionage

Spionage ist die Beschaffung von Informationen, vor allem aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär, zumeist unter Anwendung geheimer Mittel und Methoden.

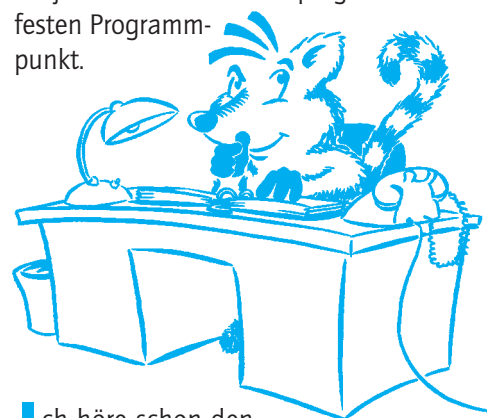
Fortsetzung auf Seite 26

„Zu einer nachhaltigen Bedrohung haben sich die Aktivitäten der Arabischen Mujahedin entwickelt, die sich in einem losen Netzwerk am internationalen Jihad beteiligen. Ihre anti-westliche Zielrichtung, ihre Gewaltbereitschaft und ihr transnationales Zusammenwirken machen ihre Gefährlichkeit aus. Wegen ihrer Leitfunktion kommt der Organisation Al Quaida (Die Basis) des saudischen Millionärs Usama BIN LADEN in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu.“

Jetzt fragt sich der zwischenzeitlich gut informierte Leser sicher, was der Schützer denn mit diesen Informationen noch bewirken will? Das weiß man inzwischen doch schon und die Gefährlichkeit von Al Quaida ist durch den grausamen Anschlag vom 11. September 2001 hinlänglich belegt worden. Das ist richtig, aber wenn ich nun ergänze, dass der oben stehende erste Absatz aus dem Bundesverfassungsschutzbericht des Jahres 2000¹ stammt, dann wird deutlich, dass diese Einschätzung schon weit vor der Terrortat einem breiten Leserkreis offen angeboten worden ist. Sicher hätte auch mit einer weit größeren Verbreitung dieses abstrakten Gefährdungshinweises eine solche, das Vorstellungsmaß überschreitende Tat nicht verhindert werden können. Sachliche Informationen über fanatische, organisierte, zu allem entschlossene – und zu vielem fähige – Terroristen sollten aber mehr und intensiver genutzt werden.

Publikationen zum Thema Islam und Islamismus werden nicht erst seit September 2001 angeboten. Viele sehen aber erst jetzt genauer hin und informieren sich differenzierter auch über potentielle Gefahren. Es ist ja bekanntlich nicht leicht, den unerfahrenen, von Mast- und Schotbruch verschont gebliebenen Segler bei herrlich anmutendem Wetter davon abzuhalten, in See zu stechen – auch dann nicht, wenn man eindringlich auf die Prognose

des Seewetteramtes hinweist. Ist aber dann etwas schief gegangen, der Mast zerfetzt, der Anker verloren und Mobiliar über Bord gegangen, dann wird künftig vor jedem Start die Wetterprognose zum festen Programmpunkt.



Ich höre schon den (selbst provozierten) Einwand: Wetterbericht und Lageprognosen des Verfassungsschutzes/der Geheimdienste haben ungefähr die gleiche Trefferquote! Warum nicht auch mal schmunzeln. Die „Moral von dem Vergleich“ ist aber eine andere: Lagebeschreibungen, Warnmeldungen und Gefahrenprognosen der Sicherheitsbehörden gelten bei andauernder Ruhe nicht einmal so viel wie der Wetterbericht vor einem Segeltörn. Am 11. September 2001 war es vorbei mit der Ruhe. Über 3000 Menschenleben haben die Terrortaten der verblendeten Akteure gekostet, der riesige volkswirtschaftlich Schaden ist derzeit noch ebenso wenig begrenzt wie die politischen Folgen dieser Taten.

Die Berichte des Verfassungsschutzes aus Bund und Ländern (im Land: Extremismusbericht) können bei der jeweiligen Verfassungsschutzbehörde angefordert und vielfach auch im Internet gelesen werden. Tun Sie es! Die Anschriften und Internetadressen finden Sie in diesem Heft oder im Internet unter der Adresse <http://www.verfassungsschutz.de>.



¹ Verfassungsschutzbericht des Bundes 2000, Seite 183

Islamistische Terrorgruppen

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den zahlreichen, immer wieder in den Medien genannten Terrororganisationen, sollen bei der Einordnung dieser Gruppierungen helfen. Hierbei sind vielfach Differenzierungen innerhalb der einzelnen Organisationen nötig, die den terroristischen Hintergrund erst verdeutlichen.

Hizb Allah („Partei Gottes“)

Die schiitische libanesische „Hizb Allah“ wurde 1982 mit Unterstützung des Iran gegründet und 1985 als Partei im Libanon anerkannt. Sie agiert im Libanon als politische Interessenvertretung der eines Teils schiitischen Bevölkerungsgruppe und mit ihrem militärischen Arm „Al Moqawama Al Islamiya“ als bewaffnete und auch terroristische Organisation, wobei es auch zu Anschlägen im Ausland gekommen ist. Die Umwandlung des Libanon in einen islamischen Staat nach Vorbild des Iran wird nicht mehr als zentrales Ziel propagiert, gleichwohl die engen Verbindun-



Angehörige der pro-iranischen Schiiten-Miliz Hizb Allah feiern am 24.5.2000 den Rückzug der israelischen Armee aus Südlibanon.

gen mit dem Iran fortbestehen. Unterstützung erhält sie auch von Syrien. Heute ist es vorrangiges Ziel, sich in das politische System des Libanon einzufügen. Sie will gesellschaftliche Veränderungen durch politische Aktivitäten herbeiführen. Wegen ihres vielseitigen sozialen Engagements verfügt die „Hizb Allah“ in den verarmten schiitischen Gebieten im Libanon über eine starke Anhängerschaft. Die deutsche Zentrale der „Hizb Allah“ hat ihren Sitz in Münster.

HAMAS („Bewegung des islamischen Widerstandes“)

Diese palästinensische Organisation, die 1987 ins Leben gerufen wurde, hat ihre Wurzeln in der fundamenta-

listischen ägyptischen „Muslimbruderschaft“ (MB). Gründer und ideologischer Vordenker ist der Scheich Achmed Jassin. Das Ziel der HAMAS ist die Zerstörung Israels und die Gründung eines islamischen palästinensischen Staates. Militant wurde HAMAS nach Beginn der ersten Intifada („Krieg der Steine“) Ende 1987. Auf ihr Konto gehen zudem zahlreiche Selbstmordattentate in Israel. Aber auch auf religiösem, sozialem und politischem Gebiet ist die HAMAS aktiv und kämpft gegen den Alleinvertragsanspruch der „Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)“ im Autonomieprozess. So wird dem Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Jassir Arafat, und der von ihm geleiteten PLO „Verrat und Ausverkauf der Interessen des palästinensischen Volkes“ vorgeworfen. Kritik richtet sich auch an die westlichen Unterstützestaaten Israels. Jedoch betrachtet die HAMAS Europa nicht als ihr Kampfgebiet. Deutscher Ableger der HAMAS ist der 1981 in München gegründete „Islamische Bund Palästina (IBP)“.



HAMAS-Mitglieder



Palästinensische Jungen üben den Gebrauch von Schusswaffen am 25.2.2002 in einem Camp in Rafah im Gaza-Streifen, das von Mitgliedern der „Al Aksa Brigaden“ geleitet wird.

Al Aksa Brigaden

Die so genannten „Al Aksa Brigaden“ gelten als ein bewaffneter Arm der „Al-Fatah“ („Öffnung bzw. Eroberung eines Landes für den Islam“ – Palästinensische Nationale Befreiungsbewegung) von Palästinenserpräsident Jassir Arafat. Bisher verübten sie hauptsächlich im Westjordanland zahlreiche Anschläge auf israelische Siedler und Besatzungstruppen. Es ist aber auch zu Anschlägen im israelischen Kernland gekommen.

Der Name „Al Aksa Brigaden“, unter dem sie erstmals im Sommer 2001 in Erscheinung traten, soll an die schweren Unruhen am 29. September 2000 auf dem Tempelberg erinnern, bei denen die israelische Polizei mindestens fünf Palästinenser tötete. Die Al Aksa Moschee in der Altstadt von Jerusalem gilt als eines der wichtigsten islamischen Heiligtümer.

Islamischer Jihad

Dies ist eine Organisation, die auf den ägyptischen Scheich Omar Abdal Rahman zurückgeht. Er inspirierte je-

ne Terroristen, die am 28. September 1981 in Kairo den damaligen ägyptischen Staatspräsidenten Sadat ermordeten. Gegenwärtig verbüßt Rahman in den USA eine Haftstrafe wegen des ersten Anschlages auf das World Trade Center im Jahr 1993. Die Jihad-Bewegung geht mit gewalttätigen Aktionen gegen Muslime vor, die ihrer Auffassung nach den Islam



Sprengstoff-Gürtel tragen diese maskierten Mitglieder der extremistischen Organisation Islamischer Jihad (Heiliger Krieg) und potentiellen Selbstmordattentäter bei einer Kundgebung am 23.4.2002 in Gaza.

„verraten“ und kämpft zudem gegen den „gottlosen“ Westen und Israel. Unter der Taliban-Regierung in Afghanistan war diese Bewegung besonders aktiv. Weitere Ableger existieren u. a. im Libanon und in Pakistan.

Al Tawhid („Einheit Gottes“)

Die salafistische Gruppe „Al Tawhid“ entstand in den achtziger Jahren in den palästinensischen Flüchtlingslagern des Nahen Osten. Salafisten lehnen die westliche Kultur ab und rechtfertigen zur „spirituellen Wiedergeburt“ auch Terroranschläge gegen westliche Einrichtungen. Ihr 1962 geborener spiritueller Führer, Othman Omar Mahmud (alias „Abu Qatada“), soll auch über Kontakte zum langjährigen geistigen Mentor Bin Ladens, dem verstorbenen Abdullah Azzam, verfügt haben. Nach 1993 lebte Omar in Großbritannien. Dort wurde er zu einem der geistigen Mentoren der Salafisten auch in den Reihen der algerischen GIA. Inzwischen ist er im Londoner Exil untergetaucht. Zellen von „Al Tawhid“ gibt es u. a. in Großbritannien, Frankreich, Italien, Syrien, Jordanien, Tunesien, Ägypten den USA und Deutschland.

GIA („Bewaffnete Islamische Gruppe“) und **GSPC** („Salafiyya-Gruppe für die Mission und den Kampf“)

Die GIA wurde 1992 in Algerien gegründet. Als Abspaltung von der GIA erfolgte Ende 1997 die Gründung der GSPC, die seit Anfang 1999 unter diesem Namen bekannt ist. Unter Anwendung terroristischer Mittel ist das Ziel dieser beiden Gruppen der Sturz der algerischen Regierung und die Errichtung eines islamischen Staates. Die GSPC löste die GIA als größte und aktivste islamistische Gruppe in Algerien ab, wobei die GIA offenbar nur noch aus versprengten Kleingruppen besteht. Zunehmend ist zu beobachten, dass sich organisatorische Grenzen innerhalb der algerischen Islamisten in Europa zugunsten multinationaler Netzwerke auflösen, in denen „Arabische Mujahedin“ eine zentrale Rollen einnehmen.

Arabische Mujahedin („Kämpfer für die Sache Allahs“)

Weltweit existieren mehrere Netzwerke „Arabischer Mujahedin“. Diese bestehen größtenteils aus Islamisten arabischer Herkunft, die als Anhänger des internationalen „Jihads“ an Kampfeinsätzen u. a. in Afghanistan, Bosnien, Kaschmir oder Tschetschenien teilgenommen und eine militärische und/oder terroristische Ausbildung in Afghanistan erhalten haben. Kennzeichnend für die ideologische Ausrichtung „Arabischer Mujahedin“ ist ein pan-islamischer Ansatz, der die Verteidigung der muslimischen Welt gegen „Ungläubige“ propagiert, verbunden mit einer militanten Ablehnung der westlichen Gesell-

schaft und ihrer Werte. „Mujahedin“-Netzwerke werben junge Muslime für Ausbildungslehrgänge in islamischen Ländern an und unterhalten eine ausgedehnte „Infrastruktur“, u.a. zur Versorgung mit gefälschten Personaldokumenten. In diese Infrastruktur sind z.T. auch karitativ tätige islamische „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO) eingebunden. Innerhalb des „Mujahedin“-Milieus wird der „Jihad“ gegen den Westen besonders aggressiv von Anhängern der islamistischen Strömung „Al-Takfir wa'l-Hijra“ propagiert. Vor allem „Mujahedin“, die dieser Strömung angehören stehen in Verbindung mit der Organisation „Al Qaida“ (Die Basis) des Usama Bin Laden.

Dieser steht im Verdacht, sowohl für die Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA, als auch für Bombenanschläge auf US-amerikanische Einrichtungen in Riad/Saudi Arabien (13. November 1995), Dharan/Saudi Arabien (26. Juni 1996) sowie die US-amerikanischen Botschaften in Nairobi/Kenia und Daressalam/Tansania (7. August 1998) verantwortlich zu sein. Mittlerweile gilt Usama bin Ladin als zentrale Leit- und Identifikationsfigur der „Arabischen Mujahedin.“ Hinweise deuten auch auf eine Verwicklung „Arabischer Mujahedin“ in die Anschläge auf den US-Zerstörer „Cole“ im Hafen von Aden/Jemen und die dortige britische Botschaft am 12. und 13. Oktober 2000 hin. Am 25./26. Dezember 2000 wurden in Frankfurt/Main vier mutmaßliche Angehörige einer Mujahedin-Gruppierung verhaftet. In ihrem Besitz befanden sich Waffen, Sprengstoffgrundmaterialien, Zünder und Anleitungen zur Herstellung von Sprengsätzen. Verschiedene Indizien deuten darauf hin, dass die Gruppe Vorbereitungen für einen Anschlag in Westeuropa traf.

Al Qaida („Die Basis“)

Die Organisation „Al Qaida“ wurde während der Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen (1979 bis 1989) von Usama bin Ladin gegründet. Ursprüngliches Ziel war es, für die Mujahedin in Afghanistan logistische Unterstützung zu leisten. Mittlerweile kommt dieser Organisation wegen ihrer Leitfunktion am internationalen „Jihad“ eine besondere Bedeutung zu. Gelegentlich bezeichnen die Medien die gesamte Anhängerschaft Usama bin Ladins als „Al Qaida“. Mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit besteht diese Organisation lediglich aus einem kleinen Kreis von Vertrauenspersonen und ist untergliedert in verschiedene Komitees bzw. Ausschüsse. Es gibt einen Schurarat (beratende Kommission), ein Religionskomitee, ein Militärkomitee und ein Komitee, das die wirtschaftlichen Aktivitäten überwacht. Laut einer Zeugnisaussage wird bei geplanten Attentaten zunächst eine Aufklärungstruppe entsandt. Eine weitere Gruppe schmuggelt den Sprengstoff, örtliche „Brüder“ sorgen für die Unterbringung. Die nächste Gruppe reist dann ein und führt den Anschlag durch¹. Die in der „Al Qaida“ zusammenarbeitenden Personen sind durch einen Treueschwur zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Man vermutet heute ca. 3000 bis 5000 Mitglieder mit Zellen in etwa 50 Ländern rund um die Welt. Durch modernste Technologie ist man vernetzt. „Al Qaida“ fungiert als „Servicestelle“ für den islamischen Terrorismus.

¹ Eine Gruppe aus dem Al Qaida-Netzwerk um Usama bin Laden wird verantwortlich gemacht für den brutalen Terroranschlag am 12.10.2002 auf Bali

Terroristische und extremistische Bedrohung sind keinesfalls nur theoretische Denkmuster. Gerade die aktuelle Gegenwart hat das erneut gezeigt. Praktische Arbeit bei der Bekämpfung dieser Gefahren leisten neben der Polizei auch die Nachrichtendienste. Einer dieser drei Geheimdienste ist der Verfassungsschutz.*

Wie wird man eigentlich „Verfassungsschützer“? Welche Voraussetzungen muss man dafür mitbringen? Welche Aufgaben hat man zu erfüllen?

Wie wird man bezahlt? – Das sind Fragen, die sich viele junge Leute stellen, wenn sie ihren Berufsweg planen und dabei – in Arbeitsämtern oder vielleicht auf der Homepage des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) – auf entsprechende Stellenangebote stoßen.

Frau Dr. Monika Rose-Stahl ist die Lehrbeauftragte an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Im folgenden Beitrag stellt sie den Werdegang eines „Verfassungsschützers“ vor.

Die Ausbildung zum „Verfassungsschützer“

Als einzige Verfassungsschutzbehörde in Deutschland bietet das BfV eigene Ausbildungsgänge für seine Beamten des gehobenen und mittleren Dienstes an. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt derzeit bei der Laufbahn des gehobenen Dienstes. Einstellungsvoraussetzungen dafür sind die Fachhochschulreife, eine andere zu einem Hochschulstudium berechtigende Schulbildung oder ein Hochschulrechtlich als gleichwertig anerkannter Bildungsstand. Außerdem müssen die Bewerber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und ein bestimmtes Alter (mindestens 18 und höchstens 32 Jahre) haben.

Hat sich ein Interessent oder eine Interessentin für die Laufbahn des gehobenen Dienstes im BfV beworben, so muss er oder sie sich zunächst einmal einem (schriftlichen und mündlichen) Auswahlverfahren unterziehen. Darin soll festgestellt werden, ob die Bewerber aufgrund ihrer Kenntnisse, Fähigkeiten und persönlichen Eigenschaften für die Übernahme in den Vorbereitungsdienst beim Verfassungsschutz geeignet sind. Denn ein Sachbe-

arbeiter bzw. eine Sachbearbeiterin soll schließlich nicht nur umfassende Fachkenntnisse besitzen. Sie sollen auch Aufgeschlossenheit für nachrichtendienstliche Fragestellungen, Fähigkeit zu analytischem Denken, Kontaktfähigkeit und persönliches Engagement für die Aufgaben der inneren Sicherheit mitbringen.

War die Bewerbung erfolgreich, so haben die Anwärter für den gehobenen Dienst einen dreijährigen Vorbereitungsdienst zu absolvieren. Dieser ist seit den 80er Jahren als Studiengang an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Öffentliche Sicherheit/Abteilung Verfassungsschutz ausgestaltet. Die zweijährige Vorbereitungszeit der Anwärter für den mittleren Dienst im Verfassungsschutz des Bundes besteht in einer fachtheoretischen Ausbildung von sechs Monaten und einer praktischen Ausbildung von 18 Monaten.

Der fachtheoretische Teil der Ausbildung findet hauptsächlich am Sitz der „Schule für Verfassungsschutz“ (SfV) in der Nähe von Bonn statt. Die SfV besitzt vielfältige Aufgaben: Sie ist nicht nur Ausbildungseinrichtung für Anwärter des BfV und einzelner Landesbehörden für Verfas-

sungsschutz, sondern weist auch ein breites Angebot an berufsbegleitender Fortbildung für alle Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden auf.

Eingerichtet wurde die Verfassungsschutzschule bereits 1955; organisatorisch ist sie in das BfV eingegliedert. In dieser Schule werden die Mitarbeiter aller Verfassungsschutzbehörden einheitlich ausgebildet, denn Bund und Länder haben jeweils eigene Verfassungsschutzbehörden geschaffen. Damit soll eine Übereinstimmung in den Grundsatzfragen und Arbeitsmethoden erreicht und eine wirkungsvolle Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden gewährleistet werden. 1980 wurden in einem gemeinsamen Abkommen



schließlich die organisatorischen und finanziellen Grundlagen für die SfV als einer gemeinsamen Bildungseinrichtung von Bund und Ländern gelegt. 1999 wurde die SfV erneut umstrukturiert und unter ihrem Dach eine gemeinsame Bildungseinrichtung der Verfassungsschutzbehörden und des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) geschaffen.

Das Studium für die Anwärter des gehobenen Dienstes gliedert sich in verschiedene Ausbildungsabschnitte: Im ersten halben Jahr absolvieren die Studierenden ihr Grundstudium am Zentralbereich der Fachhochschule des Bundes in Brühl (Rheinland). Dann gehen sie zu einem halbjährigen Praktikum ins BfV nach Köln. Anschließend folgt das sechsmonatige Hauptstudium I am Sitz der SfV. Daran schließt sich ein einjähriges Praktikum an, das wieder im BfV, aber auch zum Teil an einer Landesbehörde für Verfassungsschutz geleistet wird. Am Schluss steht das sechsmonatige Hauptstudium II an der SfV, das mit der Diplom- bzw. Laufbahnprüfung endet.

Die wesentlichen Studienfächer in der Ausbildung sind Staats- und Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Strafrecht, Recht der Nachrichtendienste, Datenschutzrecht, Rechts-, Links- und Ausländerextremismus bzw. -terrorismus, Spionageabwehr, Geheimschutz sowie die Auswertung und Beschaffung nachrichtendienstlicher Informationen. Rechtliche Fragen bilden danach einen inhaltlichen Schwerpunkt bei der Unterrichtsgestaltung. Wichtig ist aber auch die Schulung von Fähigkeiten im Bereich der schriftlichen bzw. mündlichen Kommunikation. Denn die Kommunikation spielt eine wesentliche Rolle bei der Wahrnehmung der Aufgaben eines Verfassungsschützers. Die SfV hat für diese Schulungen ein Studio eingerichtet, in dem bestimmte Befragungs- bzw. Gesprächssituationen in

Rollenspielen simuliert werden und die Studierenden typische Kommunikationsmuster trainieren können. Über Videotechnik können diese gespielten Szenen von Ausbildern und anderen Kursteilnehmern live im Hörsaal mitverfolgt und anschließend fachkundig kommentiert und bewertet werden.

Auch die Informations-, Kommunikations- und nachrichtendienstliche Einsatztechnik sind Teil der Ausbildung. Zum Vorbereitungsdienst gehört insbesondere die Vermittlung von Kenntnissen auf dem Gebiet der elektronischen Verarbeitung von Informationen. Denn bloße Grundkenntnisse in der Informationsverarbeitung reichen für eine Tätigkeit beim Verfassungsschutz, dessen primäres Betätigungsfeld in der Verarbeitung von Daten und Nachrichten liegt, mittlerweile nicht mehr aus. Die Sachbearbeiter im BfV müssen hierin versiert und fähig sein, offene elektronische Quellen – wie vor allem das Internet – zu nutzen

Ziel der Ausbildung ist es, dass die Studierenden zu einer an wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden orientierten Arbeitsweise befähigt werden. Zugleich sollen ihnen aber auch berufspraktische Fähigkeiten und Kenntnisse, die zur Erfüllung der Aufgaben in ihrer Laufbahn erforderlich sind, vermittelt werden.

Die Praktika im BfV bzw. einer Landesbehörde für Verfassungsschutz dienen der Einführung in das Berufsfeld sowie der Vertiefung und Festigung der im Grundstudium und im Hauptstudium I erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten (Lernen durch Anwendung). Dabei soll das berufsspezifische Handeln so eingeübt werden, dass zusammen mit den fachtheoretischen Kenntnissen und Fähigkeiten die Berufsqualifikation erworben wird.

Zum Ende des zweiten Praktikums schreiben die Studierenden nach der neuen „Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsverordnung“ vom 11. Oktober 2001 eine Diplomarbeit. Dafür erhalten sie eine zweimonatige Freistellung. Bei der Themenvergabe für die Diplomarbeiten können die Wünsche der Diplomanden berücksichtigt werden.

Während der zwei Hauptstudiengänge können die Studierenden im schuleigenen Internat wohnen. Dabei steht ihnen auch die hauseigene Präsenzbibliothek zur Verfügung, die insbesondere im Bereich der politischen Geschichte gut bestückt und mittlerweile auf rund 11.000 Bücher angewachsen ist.

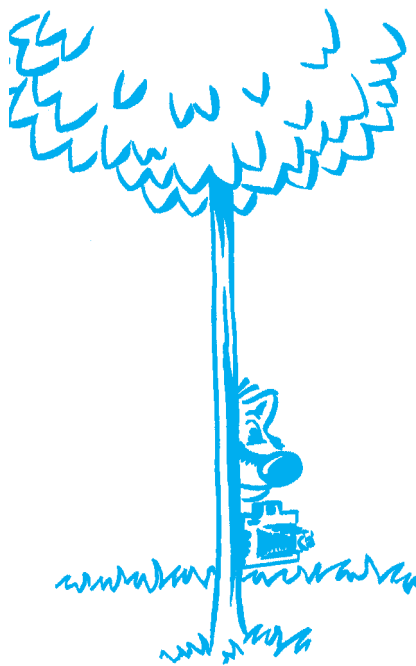


Die Laufbahnprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Nach bestandener Prüfung werden die Anwärter zu Regierungsinspektoren zur Anstellung im Beamtenverhältnis auf Probe ernannt (Besoldungsgruppe A 9 BBesG). Bei entsprechender Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung sieht die Laufbahn des gehobenen Dienstes Beförderungsmöglichkeiten bis zum/zur Regierungsoberamtsrat-/Regierungsoberamtsrätin (Besoldungsgruppe A 13 BBesG) vor.

Als Sachbearbeiter sind die Beamten des gehobenen Dienstes in allen Aufgabengebieten des Verfassungsschutzes tätig: Sie sind also mit

* Die drei deutschen Geheimdienste: Bundesnachrichtendienst (BND), Militärischer Abschirmdienst (MAD) und Verfassungsschutz

der Beobachtung von Bestrebungen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten, und der Beobachtung von sicherheitsgefährdenden bzw. extremistischen Bestrebungen von Ausländern sowie der Spionageabwehr und dem Geheimschutz betraut. Hierbei sind die Beamten des gehobenen Dienstes mit der Beschaffung von Informationen oder mit der Informationsauswertung befasst und haben häufig neben Sachbearbeitertätigkeiten auch Personalführungsfunktionen wahrzunehmen. Ihre Arbeit, die sie im Innen- und Außendienst wahrnehmen, ist demnach vielfältig und verantwortungsvoll.



Vor einer Bewerbung für eine Laufbahn beim BfV sollten sich interessierte junge Leute allerdings darüber klar werden, dass sich die Arbeit in einer Verfassungsschutzbehörde wesentlich von der in einer Polizeibehörde unterscheidet. Die deutschen Nachrichtendienste verfügen nicht über polizeiliche Zwangsbefugnisse. Mitarbeiter der Nachrichtendienste dürfen also keine Zwangsmaßnahmen (Festnahmen, Durchsuchungen, Vernehmungen, Beschlagnahmen etc.) vornehmen. Sind Maßnahmen erforderlich, die über den Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes hinausgehen, so werden die dazu gesetzlich befugten Organe eingeschaltet, die selbständig entscheiden, welche Eingriffe gerechtfertigt sind. Die Befugnisse des Verfassungsschutzes sind eng begrenzt – daran hat auch das Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 1. Januar 2002 letztlich nichts geändert.

Vergleichbar mit einem Werdegang in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung ist auch die Ausbildung für die Laufbahnen des mittleren und gehobenen Dienstes beim BfV rechtlich reglementiert und insofern wenig geheimnisvoll – übrigens genau so wenig wie die spätere Tätigkeit bei einer Verfassungsschutzbehörde etwas mit dem gängigen James-Bond-Klischee zu tun hat.

Für Interessierte lohnt sich ein Blick auf die Homepage des BfV – www.verfassungsschutz.de. ■



Fortsetzung von Seite 20

T wie Tipper

Personen, die einem Nachrichtendienst Hinweise auf geheimdienstlich interessante Personen und Sachen geben, werden als Tipper bezeichnet.

T wie Toter Briefkasten

Getarntes und gesichertes Versteck, in dem Nachrichtendienste u.a. Aufträge und Informationen für ihre Agenten einlagern.

Ü wie Überläufer

Überläufer sind hauptamtliche Mitarbeiter eines Nachrichtendienstes, die ihr Land verlassen und ihr Wissen einem fremden Nachrichtendienst anbieten.

V wie Verbindungsweg

Einrichtungen, die die konspirative Verbindung zwischen der Führungsstelle und dem im Operationsgebiet tätigen Agenten sicherstellen sollen.

V wie Vertrauensmann (VM)

Ein VM ist eine der Verfassungsschutzbehörde nicht angehörende Person, die planmäßig zur verdeckten Beschaffung von Informationen über nachrichtendienstliche Beobachtungsobjekte eingesetzt und die im Unterschied zum Informanten geführt und betreut wird.

W wie Werben

Aktivitäten eines Nachrichtendienstes, Personen für eine entsprechende Mitarbeit zu gewinnen.

Z wie Zielperson

Person, für die ein Nachrichtendienst ein besonderes, konkretes geheimdienstliches Interesse bekundet.

Z wie Zielobjekt

Objekt, für das ein Nachrichtendienst ein besonderes, konkretes geheimdienstliches Interesse bekundet.

Behörden für Verfassungsschutz

Informationen über die Arbeitsergebnisse der Verfassungsschutzbehörden erhalten sie auf den jeweiligen Internetseiten der Landesbehörden oder auf der Homepage des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Nachfolgend eine Übersicht:

Bundesamt für Verfassungsschutz

Anschrift	Internet/E-Mail/Telefon/Telefax
Bundesamt für Verfassungsschutz Postfach 10 05 53 50445 Köln	www.verfassungsschutz.de bfvinfo@verfassungsschutz.de Telefon: 0221/7920 Telefax: 0221/798365

Landesbehörden für Verfassungsschutz

Bundesland	Anschrift	Internet/E-Mail/Telefon/Telefax
Baden-Württemberg	Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg Postfach 50 07 00 70337 Stuttgart	www.baden-wuerttemberg.de/verfassungsschutz/ lfv-bw@t-online.de Telefon: 07 11/95 44 00 Telefax: 07 11/95 44 44
Bayern	Landesamt für Verfassungsschutz Bayern Postfach 45 01 45 80901 München	www.verfassungsschutz.bayern.de inform@lfv.bayern.de Telefon: 0 89/31 20 10 Telefax: 0 89/31 20 13 80
Berlin	Senatsverwaltung für Inneres Abteilung Verfassungsschutz PF 62 05 60 10795 Berlin	www.berlin.de/seninn/verfassungsschutz/index.html verfassungsschutz@berlin.de Telefon: 0 30/90 12 90 Telefax: 0 30/90 12 98 44
Brandenburg	Ministerium des Innern des Landes Brandenburg Abteilung Verfassungsschutz Postfach 60 11 26 14411 Potsdam	www.verfassungsschutz-brandenburg.de info@verfassungsschutz-brandenburg.de Telefon: 03 31/8 66 25 00 Telefax: 03 31/8 66 25 99
Bremen	Landesamt für Verfassungsschutz Bremen Postfach 28 61 57 28361 Bremen	www.bremen.de/innensenator (Das Ressort/Inneres/LfV) office@lfv.bremen.de Telefon: 04 21/5 37 70 Telefax: 04 21/5 37 71 95
Hamburg	Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg Johanniswall 4 20095 Hamburg	www.verfassungsschutz.hamburg.de info@verfassungsschutz.hamburg.de Telefon: 0 40/24 44 43 Telefax: 0 40/33 83 60
Hessen	Landesamt für Verfassungsschutz Hessen Postfach 39 05 65029 Wiesbaden	www.verfassungsschutz-hessen.de lfv-hessen@t-online.de Telefon: 06 11/72 00 Telefax: 06 11/72 01 40

Bundesland	Anschrift	Internet/E-Mail/Telefon/Telefax
Hessen	Landesamt für Verfassungsschutz Hessen Postfach 39 05 65029 Wiesbaden	www.verfassungsschutz-hessen.de lfv-hessen@t-online.de Telefon: 06 11/72 00 Telefax: 06 11/72 01 40
Mecklenburg-Vorpommern	Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern Postfach 11 05 52 19005 Schwerin	www.verfassungsschutz-mv.de info@verfassungsschutz-mv.de Telefon: 03 85/7 42 00 Telefax: 03 85/71 44 38
Niedersachsen	Landesamt für Verfassungsschutz Niedersachsen Postfach 44 20 30044 Hannover	www.verfassungsschutz.niedersachsen.de pressestelle@nlfv.niedersachsen.de Telefon: 05 11/6 70 91 Telefax: 05 11/6 70 93 88
Nordrhein-Westfalen	Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen Abteilung Verfassungsschutz Haroldstr. 5 40213 Düsseldorf	www.im.nrw.de/verfassungsschutz bestellung.verfassungsschutz@im.nrw.de Telefon: 0211/8712821 Telefax: 0211/8712980
Rheinland-Pfalz	Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz Postfach 32 80 55022 Mainz	www.verfassungsschutz.rlp.de verfassungsschutz@ism.rlp.de Telefon: 0 61 31/16 37 73 Telefax: 0 61 31/16 35 95
Saarland	Landesamt für Verfassungsschutz Saarland Postfach 10 20 63 66020 Saarbrücken	www.innen.saarland.de/9144.htm info@lfv.saarland.de Telefon: 06 81/3 03 80 Telefax: 06 81/3 03 81 09
Sachsen	Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen Neuländer Straße 60 01129 Dresden	www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de Telefon: 03 51/8 58 50 Telefax: 03 51/8 58 55 00
Sachsen-Anhalt	Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt Abteilung 5 Postfach 18 49 39008 Magdeburg	www.mi.sachsen-anhalt.de/min/abt5/index.htm vschutz@mi.lsa-net.de Telefon: 03 91/5 67 39 00 Telefax: 03 91/5 67 39 99
Schleswig-Holstein	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein Postfach 11 33 24100 Kiel	www.verfassungsschutz.schleswig-holstein.de verfassungsschutz.schleswig-holstein@im.landsh.de Telefon: 04 31/9 88 35 00 Telefax: 04 31/9 88 35 03
Thüringen	Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz Postfach 10 15 06 99015 Erfurt	www.verfassungsschutz.thueringen.de kontakt@tlfv.thueringen.de Telefon: 03 61/4 40 60 Telefax: 03 61/4 40 62 51

„Analyse- und Beraterteam der Landesregierung“

Die Landesregierung hat im Rahmen ihres Gesamtkonzeptes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ein Analyse- und Beraterteam eingerichtet (ABT). Dieses Team besteht aus Mitarbeitern des Innen-, Bildungs- und Sozialministeriums. Die Federführung liegt beim Innenministerium. Das ABT hat vorrangig folgende Aufgaben:

- Beratung kommunaler Gebietskörperschaften (auf Wunsch),
- Unterstützung der kommunalen Analysetätigkeit,
- Mithilfe bei der Entwicklung von staatlich abgestützten Präventionsstrategien sowie die

- Unterstützung der Vernetzung staatlicher und privater Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

Daneben können selbstverständlich auch andere staatliche Stellen, z.B. Schulen, das ABT als Informationsquelle nutzen. Es ist im Innenministerium unter den Rufnummern 0385/588-2857, -2858 und -2859 zu erreichen.

Die bisher geleistete Arbeit des Teams zeigt, dass das Beratungsangebot angenommen wurde. So haben bereits mehrere Gespräche mit kommu-

nalen Verantwortungsträgern stattgefunden, die in ihrem Zuständigkeitsbereich extremistische Aktivitäten festgestellt haben. Darüber hinaus haben sich Vereine und Schulen an die Berater gewandt. Sie wollten Informationen über finanzielle Fördermöglichkeiten oder zur rechtsextremistischen Ideologie einholen. Konstruktiv gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Beraterteams der privaten Beratungseinrichtungen im Lande. Hier findet ein offener Informations- und Erfahrungsaustausch statt, so dass sich die Teams in ihrer Arbeit ergänzen.

Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern

Mobiles Beratungsteam · Evangelische Akademie
Am Ziegenmarkt 4 · 18055 Rostock
Tel. 03 81/2 52 24 30 · Fax: 2 52 24 59
mbt@ev-akademie-mv.de

Regionales Büro Greifswald
Funk: 01 60 - 747 40 29
mbt-greifswald@raa-mv.de

Regionales Büro Schwerin
Dr. Klütz Str. 3 · 19053 Schwerin
Tel. 03 85/7 77 86 91 · Fax: 7 77 86 92
mbt-schwerin@raa-mv.de

Regionales Büro Waren (Müritz)
Lange Str. 17 · 17192 Waren (Müritz)
Tel. 0 39 91/63 59 71 · Fax: 66 70 43
mbt-waren@raa-mv.de

Abschließend lässt sich feststellen, dass das ABT bereits praktische Hilfe leisten konnte. Allerdings müsste der Beratungsbedarf

vor dem Hintergrund der nach wie vor vorhandenen Probleme mit dem Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern eigentlich größer sein. Es steht zu

hoffen, dass zukünftig noch öfter auf das Angebot der Landesregierung zurückgegriffen wird als bisher.

INFO-BOX: Publikationsverzeichnis

Landesbehörde für Verfassungsschutz-Mecklenburg-Vorpommern

- „VS-aktuell“ – Das Journal zum Verfassungsschutz, Nr. 1/97 (inkl. Jahresbericht 1996)
Thema: Geheimschutz
- „VS-aktuell“ – Das Journal zum Verfassungsschutz, Nr. 2/98, Thema: Von Revolutionen, Kämpfern und Grundrechten
- „Verfassungsschutz Journal“ Nr. 1/2000
Thema: Zivilcourage – in der Bürgergesellschaft
- „Verfassungsschutz Journal“ 2001 (inkl. Extremismusbericht 2000)
Thema: Demokratie: Aufbruch – Ankunft – Zukunft
- „Verfassungsschutz Journal“ 2002
Thema: Terrorismus – Lebensgefahr für die Demokratie
- „Die Scientology-Organisation (SO). Beobachtet durch den Verfassungsschutz“ (Broschüre, Dezember 1997)
- „Rechtsextremisten in Deutschland - Was sie sagen - Was sie wollen - Was sie tun“ (Faltblatt, Februar 1999)
- „Rechtsextremistische Bestrebungen im Internet“ (Broschüre, September 2000)
- „Proliferation – das geht uns an!“ (Broschüre, Gemeinschaftsproduktion der Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern, März 2001)
- „Skinheads“ (Broschüre, Juni 2001)
- „Islamistische Extremisten“ (Broschüre, November 2001)
- „Wirtschaftsspionage – Information und Prävention“ (Broschüre, Gemeinschaftsproduktion der Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern, Januar 2002)
- „Was tun! Gegen Rechtsextremismus“ (Broschüre, Mai 2002)
- Videofilm „Demokratie schützen – Verfassungsschutz“ (Film über die Arbeit des Verfassungsschutzes, Februar 1999)

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern
Redaktion: Gerald Holsten
Anschrift: Redaktion Verfassungsschutz Journal
Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern
Abteilung II 5,
Postfach 11 05 52, 19005 Schwerin
Tel.: 03 85/7 42 00, Fax: 03 85/71 44 38
E-Mail: info@verfassungsschutz-mv.de
www.verfassungsschutz-mv.de

Auflage: 5.000 Exemplare
Fotos: dpa (Titel, S. 4, S. 21 (2), S. 22 (2))
Illustration: Frank Ihler
Gestaltung, Satz: Cicero Werbeagentur, Rostock
Druck und Herstellung: Altstadt-Druck GmbH, Rostock
Redaktionsschluss: 15. November 2002
Wir danken den Autoren für ihre Text- und Bildbeiträge. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
7. Jahrgang • 2002

Hinweis: Diese Druckschrift ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.
Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags-, und Europawahlen: Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemitteln. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.
Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

++ Info +++ Info +++ Info +++ Info ++

Zusammenstellung einer Auswahl an geeigneter Literatur

Hinweis: Diese Liste stellt nur eine kleine Auswahl an zur Zeit auf dem Büchermarkt erhältlicher Literatur zu den oben genannten Themenkreisen vor. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Überwiegend wurden die Kurzbesprechungen dem jeweiligen Klappentext entnommen.

Islam:

DuMont Schnellkurs Islam, Walter M. Weiss, DUMONT Literatur und Kunst Verlag, 190 Seiten, Erscheinungsjahr: 1999, ISBN: 3770144201, Preis: 12,90 EUR

Übersichtlich wird die historische Entwicklung von der Offenbarung des Koran über die Kalifenreiche bis hin zur aktuellen Situation nachgezeichnet. Parallel vermittelt der Band sämtliche wichtige Grundlagen des Glaubens – Koran, Recht, Ethik oder Gottesbild. Auch werden Alltag, Pflichten, Sitten und Feste im Leben eines Gläubigen dargestellt; ferner Aspekte islamischer Kunst und Wissenschaft.

Islamische Organisationen in Deutschland, Thomas Lemmon, Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn, 86 Seiten Broschüre, Erscheinungsdatum: Juli 2000, ISBN: 3860778803

400 Fragen zum Islam. 400 Antworten. Ein Handbuch, Yasar Nuri Öztürk, Gruner u. Jahr, 274 Seiten, Erscheinungsjahr: 2001, ISBN: 3933749174, Preis: 14,80 EUR

Öztürk stellt einen modernen und liberalen Islam vor. Dabei stützt er sich auf die islamischen Quellen und die Publikationen aus der islamischen Welt sowie westlicher Orientalisten und Islamwissenschaft-

Büchertipps zum Islam Länderstudien Islamismus/Terrorismus mit Kurzbesprechung



Länderstudien:

Nahost Jahrbuch, 2000, Thomas Koszinowski (Mitarbeiter), Hanspeter Mattes (Mitarbeiter), Leske + Budrich Verlag, Erscheinungsjahr: 2001, ISBN: 3810031437, Preis: 22,50 EUR

ler. Es werden sowohl grundlegende Themen als auch detaillierte Probleme behandelt, z.B. die Geburtenkontrolle, Sex und Ehe. Erörtert werden auch Fragen zur Reinkarnation und zum Buddhismus.

Der Islam in der Gegenwart, Gundula Krüger (Mitarbeiterin), Werner Ende (Herausgeber), Udo Steinbach (Herausgeber), C.H. Beck, 1015 Seiten, Erscheinungsjahr: 1996, ISBN: 3406399571, Preis: 39,90 EUR

Kommentar der „Neue Züricher Zeitung“: ... In zahlreichen thematisch oder geographisch überschriebenen Kapiteln bereiten die Autoren fast die gesamte politische und religiöse Welt des Islam im Ausklang des 20. Jahrhunderts auf. Die Palette reicht von Artikeln über Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und Soziales, Recht (Familien-, Vermögens-, Strafrecht), Frauen- oder Menschenrechte über eine lückenlose Länderübersicht und Beiträge zu internationalen Organisationen, Sekten oder islamistischen Gruppierungen bis hin zu Aspekten wie dem Islam in der Literatur, in der Architektur oder in lokalen Traditionen. Allein durch die Ausmaße und die Auswahl der Inhalte erfüllt das Buch auf gut 1000 Seiten den Anspruch eines Standardwerkes. ...

Das 1000-Seiten-Werk ist ein umfangreiches und detailreiches Abbild der heutigen islamischen Welt.

Das Jahrbuch bietet über 20 Länderanalysen mit Informationen zu den politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen sowie Entwicklungen innerhalb des Berichtsjahres, ergänzt durch eine ausführliche Chronologie. In einem zweiten Abschnitt wird auf wichtige regionalpolitische Kräfte, Ereignisse und Entwicklungen eingegangen. Das Nahost Jahrbuch ist ein Nachschlagewerk, das einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse gibt und die Informationen zur Tagespolitik in den strukturellen Kontext stellt.

Der Fluch des neuen Jahrtausends. Eine Bilanz., Peter Scholl-Latour, Bertelsmann Verlag, 351 Seiten, Erscheinungsjahr: 2002, ISBN: 3570005372, Preis: 22,- EUR

Peter Scholl-Latour, 1924 geboren, war nach seinem Studium zunächst Korrespondent für die ARD in Afrika und Indochina, dann Studioleiter in Paris, für einige Jahre Fernsehredakteur des WDR und Herausgeber des „Stern“. Zahlreiche Veröffentlichungen unterstreichen seinen Ruf als kritischer Journalist. Für seine Arbeit wurde er u.a. mit dem Grimme-Preis und der Goldenen Kamera ausgezeichnet.

Nach den Taliban. Afghanistan zwischen internationalen Machtinteressen und demokratischer Erneuerung., Michael Pohly, Khalid Duran, Beate Gleißner (Mitarbeiter), Ullstein Taschenbuch Verlag, 159 Seiten, Erscheinungsjahr: 2002, ISBN: 3548363717, Preis: 6,95 EUR

Brennpunkt Afghanistan: Die „Allianz gegen den Terror“ jagt Osama bin Laden und die Taliban, Krieg und Elend prägen den Alltag der Bevölkerung. Die renommierten Islamforscher und Afghanistan-Experten Michael Pohly und Khalid Duran beschreiben fundiert die geopolitischen Hintergründe der afghanischen Tragödie und zeigen auf, wie das Land am Hindukusch zwischen internationalen Machtinteressen aufgerieben wurde.

Lexikon Arabische Welt, Günther Barthel, Kristina Stock; Reichert, Erscheinungsjahr: 1994, ISBN: 3882267836, Preis: 110,00 EUR

Das Lexikon vermittelt übersichtlich und in sachlich knapper Form ein breites Spektrum des vielfältigen arabischen Lebens im arabischen Raum. 60 Wissenschaftler der verschiedensten Fachrichtungen haben an der Erarbeitung dieses Kompendiums mitgewirkt. Im Lexikonteil (650 Seiten) findet der Leser Daten und Fakten zu Persönlichkeiten, historischen Ereignissen, Sitten und Gebräuchen, politischen Strömungen, geographischen Gegebenheiten, zu Literatur, Kunst und vielem anderen. 16 Überblicksartikel geben dem Interessierten zunächst einen Überblick über wichtige Themenbereiche aus Politik, Wirtschaft (z.B. Handel, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr), Kultur (z.B. Bildung, Religion, Sprache und Schrift), Lebensweise und Natur ermöglichen durch zahlreiche Verweise auf einzelne Stichwörter eine Vertiefung der Kenntnisse im jeweiligen Sachgebiet. Im gesonderten Länderteil (116 Seiten) werden Bevölkerung, Natur, Staat, Wirtschaft, Bil-

dung, Massenmedien und Verlagswesen sowie die jeweilige Geschichte von 20 politischen Staaten sowie drei staatlich nicht eigenständigen Territorien des Nahen Ostens und Nordafrikas vorgestellt.

Kampf um Palästina. Eine 3000jährige Geschichte der Gewalt., Friedrich Schreiber, Langen-Müller, 424 Seiten, Erscheinungsjahr: 1992, ISBN: 3784423973

Durch den Ausbruch des Golfkriegs geriet die Nahostproblematik wieder ins Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Sie ist Hauptgrund der Dauerfehde zwischen Arabern und Israelis. Friedrich Schreiber, Korrespondent der ARD in Israel, schildert in seinem Buch den bereits 3000 Jahre währenden Kampf um Palästina.

Islamismus/Terrorismus:

Osama bin Laden und der internationale Terrorismus, Michael Poly, Khalid Duran, Ullstein Taschenbuch Verlag, 112 Seiten, Erscheinungsjahr: 02.10.2001, ISBN: 3548363466, Preis: 6,95 EUR

Die renommierten Islamforscher und Antiterror-Experten Michael Poly und Khalid Durán legen in diesem Buch ein sachliches und fundiertes Porträt Osama bin Ladens vor. Sie analysieren zudem die religiösen, psychologischen und geopolitischen Hintergründe des islamistischen Terrorismus und die zentrale Rolle der internationalen Terrorismus- und Friedensforschung beim Kampf gegen eine drohende Eskalation.

11. September 2001. Geschichte eines Terrorangriffs, Stefan Aust (Herausgeber), Cordt Schnibben (Herausgeber), Deutsche Verlags-Anstalt, 287 Seiten, Erscheinungsjahr: 2002, ISBN: 3421056560, Preis: 24,90 EUR

Die besten Reporter des Spiegel, viele von ihnen preisgekrönte Buchautoren, haben die Geschichte des 11. September in monatelanger Arbeit recherchiert. Sie beschreiben die Vorbereitung des Attentats und schildern minutiös die Entführung der vier Flugzeuge, den Angriff auf das Pentagon und das World Trade Center, den Überlebenskampf in den beiden Türmen. Ihre Reportage ist präzise wie ein Sachbuch und liest sich wie ein Roman.

Heiliger Krieg Inc. Osama bin Ladens Terrornetz, Peter Bergen, Siedler Verlag, 346 Seiten, Erscheinungsjahr: 2001, ISBN: 3886807525, Preis: 19,95 EUR

Das Buch macht es sich zum Ziel, in die Bandbreite und den Spannungsreichtum des Islam informativ einzuführen. Die Autorin leistet damit einen Beitrag für die multikulturelle Begegnung, schließt bestehende Wissenslücken und räumt mit tradierten Vorurteilen auf.

Propheten des Terrors. Das geheime Netzwerk der Islamisten., Udo Ulfkotte, Goldman, 266 Seiten, Erscheinungsjahr: 2001, ISBN: 3442151961, Preis: 10,00 EUR

Seit dem 11. September 2001 herrscht überall in der Welt Angst vor neuen Terror-Anschlägen. Die Militäraktion in Afghanistan dient dem Ziel, das Netzwerk gewaltbereiter Islamisten zu zerschlagen. Doch die damit verbundenen Hoffnungen auf eine friedliche Welt dürften sich kaum erfüllen. Denn die Fäden des geheimen Terror-Netztes sind längst global gesponnen. Die Al Qaida des Osama bin Laden ist nur die bekannteste und gefährlichste dieser Organisationen. Udo Ulfkotte beantwortet viele offene Fragen in schonungsloser Offenheit. Er deckt Hintergründe der aktuellen globalen Bedrohung auf und macht deutlich, dass Rasterfahndung, Fingerabdrü-

cke im Personalausweis und verschärfte Sicherheitsvorkehrungen allein dem Terror kein Ende setzen werden.

Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte des Islam, Peter Heine, Herder, 159 Seiten, Erscheinungsjahr: 2001, ISBN: 3451052407, Preis: 8,90 EUR

Der radikale Islam – die neue Gefahr für uns alle? Welche geistigen Urheber, welche konkreten Ideen, welche organisatorischen Strukturen und welche Gruppen stecken hinter dem Terror? Was bewegt die „neuen“ Täter bei einem „Rachezug“ gegen die westliche Welt? Geht es um einen Kampf der Kulturen und Religionen? Was davon ist im Kern auf den Koran zurückzuführen? Ein Kenner der extremen islamistischen Szene über die Hintergründe. Ein Buch zur Klärung und Aufklärung.

Terrorismus – Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt, Bruce Hoffmann, Fischer-Taschenbuchverlag, 352 Seiten, Erscheinungsjahr: 2001, ISBN: 3596156149, Preis: 9,90 EUR

Spätestens seit den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon steht fest, dass die Bedrohung durch den Terrorismus eine nie gekannte Dimension hat. Bruce Hoffmanns Buch, das auf die jüngsten Entwicklungen eingeht, ist wegweisend für den Umgang mit einem brandaktuellem Thema.

Die Gottesmänner, Werner Schifffauer, Suhrkamp, 351 Seiten, Erscheinungsjahr: 2000, ISBN: 3518395777, Preis: 9,50 EUR

Der Kulturanthropologe Werner Schifffauer hat ein Buch über die Kaplan-Gemeinde – eine Gruppe radikaler türkischer Muslime – verfasst.



Terrorismus, Manfred Funke (Hrsg.), Droste, 391 Seiten, Erscheinungsdatum: Januar 1984, ISBN: 3761072058

Fanatismus. Der Drang zum Extrem und seine psychologischen Wurzeln., Günther Hole, Herder, 219 Seiten, Erscheinungsjahr: 1995, ISBN: 3451043483

Die globale Bedrohung. Neue Gefahren des Terrorismus., Walter Laqueur, Econ Taschenbuchverlag, 376 Seiten, Erscheinungsjahr: 2001, ISBN: 3548700896, Preis: 8,95 EUR

Unsere Gesellschaft ist anfälliger und bedrohter denn je. Immer kleinere, unkontrollierbare Gruppen haben Zugang zu immer gefährlicheren Massenvernichtungsmitteln. Der Historiker und Terrorismus-Experte Walter Laqueur legt dar, wer die neuen Terroristen sind, welche Motive sie leiten, welcher Waffen sie sich bedienen und wo die Gefahr terroristischer Konflikte am größten ist.

Die Assassinen. Zur Tradition des religiösen Mordes im radikalen Islam., Bernard Lewis, Eichborn, 259 Seiten, Erscheinungsjahr: 2001, ISBN: 3821847271, Preis: 24,90 EUR

Die Assassinen: Speerspitze der islamischen Ismailitensekte, die sich im 8. Jahrhundert von den Schiiten trennte und ihnen seitdem den Rang als führende fundamentalistische Erneuerungsbewegung streitig machte. Die Ismailiten wollten den auf Gerechtigkeit, Frömmigkeit und totaler Hingabe des einzelnen gegründeten Gottesstaat – und sie wollten ihn sofort. Sunnitische wie schiitische Machteliten, die ihre Privilegien behalten wollten, waren ihnen dabei im Wege. Gegen sie richtete sich seit Ende des 11. Jahrhunderts der Terror der Assassinen. Das Buch zeichnet die Ursprünge einer einflussreichen Strömung des islamischen Fundamentalismus nach und stellt den modernen Terror, der in dessen Namen geschieht, in eine historische Perspektive.

Der neue Terror, Benjamin Netanyahu, Bertelsmann, 191 Seiten, Erscheinungsjahr: 1996, ISBN: 3570122697

Benjamin Netanyahu, weltweit anerkannter Terrorismus-Experte, beschreibt sowohl die national operierenden Gruppen, vor allem in Europa und den USA, als auch das scheinbar undurchsichtige internationale Netz des fundamentalistischen Terrorismus der neunziger Jahre. Er nennt Ziele und Drahtzieher ebenso wie ihre perfiden Grundsätze und ihre historischen Wurzeln. Seine kenntnisreiche Analyse mündet in einem Katalog konkreter Handlungsvorschläge, die von diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen bis zu völkerrechtlichen, gesetzlichen und geheimdienstlichen Maßnahmen reichen.

Why Terrorism Works, Alan M. Dershowitz, Yale University Press, 256 Seiten, Erscheinungsdatum: 04. September 2002, ISBN: 0300097662, Preis: 27,05 EUR

**Man stelle sich folgende Situation vor:
Ein türkischer Arbeitskollege, ein Muslim, lädt zum Abendessen zu sich nach Hause ein.
Was sollte ich als höflicher Gast – beispielsweise als Deutscher oder einfach nur als Nichtmuslim – beachten? Bringe ich ein Gastgeschenk mit? Wie verhalte ich mich gegenüber den weiblichen Familienmitgliedern? Mit diesen und anderen Fragen beschäftigt sich das folgende Buch:**

Peter Heine:
*Kulturknigge für Nichtmuslime.
Ein Ratgeber für den Alltag.*
Herder Verlag Freiburg 2001
(überarbeitete Neuauflage),
159 Seiten, € 9,90

„Kulturknigge für Nichtmuslime. Ein Ratgeber für den Alltag“

Der 11. September hat auch uns in Deutschland bewusst werden lassen, wie wenig wir über Geschichte und Wesen des Islam wissen. Bei vielen herrscht eine tiefe Verunsicherung im Umgang mit Mitbürgern muslimischer Glaubenszugehörigkeit. Viele Fremde in Deutschland stammen aus der islamischen Welt. Ihre Religion ist uns vertraut und fremd zugleich. Gerade im alltäglichen Kontakt mit Muslimen – nicht nur in Deutschland – kann Unwissenheit leicht zu ungewollten Missverständnissen aber auch Peinlichkeiten führen. Hier können Bücher hilfreich sein, die in kompakter und objektiver Form Informationen über den Islam und seine Alltagskultur vermitteln.

Aufmerksam gemacht werden soll auf den von Peter Heine – Dr. phil., Prof., Direktor des Instituts für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität in Berlin – verfassten Ratgeber „Kulturknigge für Nichtmuslime“. Lassen sie sich nicht von dem „lässigen“ Titel täuschen, das Buch bietet durchaus praktische und fundierte Hilfen im gemeinsamen Alltag an.

Vor dem Hintergrund, dass eine „Kultur des Zusammenlebens nicht auf dem Boden einer abstrakten Toleranz möglich“ ist, verhilft der Autor dem Leser zu Wissen und Informationen über Hintergründe der Wertvorstellungen der Muslime. Das Buch ist nicht nur ideal als Vorbereitung für Reisen in islamische Länder, sondern auch ein Leitfaden für den Umgang mit dem Islam und seinen Anhängern in Deutschland. Da viele Muslime auch in Deutschland ihre Traditionen pflegen, ist das Buch besonders für die empfehlenswert, die sich mit der Lebensweise ihrer muslimischen Nachbarn auseinander setzen möchten. In kurzen Einleitungen werden außerdem die Ursprünge der Religion Islam berücksichtigt.

Im täglichen Umgang mit Muslimen in Deutschland und während seiner Aufenthalte in islamischen Ländern kam Islamwissenschaftler Peter Heine in Situationen, die häufig zu Verwirrung auf beiden Seiten führten. Um solche Missverständnisse aufzuklären, hat er seine Beobachtungen im „Kulturknigge für Nichtmuslime“ zusammengefasst.

Sein Anliegen ist im Vorwort beschrieben:

„Es stellt Erklärungen vor zu Verhaltensweisen von Muslimen, die uns auf den ersten Blick unlogisch, unverständlich und ablehnend erscheinen und versucht zugleich, deren innere Logik und Konsequenz aufzuzeigen. Weiterhin werden kulturelle Besonderheiten in ihren historischen, durch die islamische Tradition geprägten Entwicklungen dargelegt. Geschrieben worden ist das Buch in der Absicht, einen Beitrag zur Verbesserung des Zusammenlebens mit unseren muslimischen Nachbarn und Freunden im deutschsprachigen Raum und in der islamischen Welt zu leisten.“ (S. 9)

In einem Abschnitt zum Ramadan wird kurz beschrieben, wie sich das Fasten im Alltag der Muslime auswirkt, dass zum Beispiel Geschäfte und staatliche Behörden nur wenige Stunden dienstbereit sind. Außerdem widmet sich Peter Heine u.a. dem Grußverhalten, der Frage, welche wirtschaftlichen Geschäfte durch Regeln des Korans ein-

geschränkt werden, warum Muslime Gastfreundschaft so hoch schätzen und der Bedeutung bestimmter Gesten und spezifischer Namen.

Hier einige Ausschnitte zum Thema „Gast sein“ bei Muslimen:

„Selbstverständlich kann man als Mann eine Familie nur besuchen, wenn der Familienvorstand oder ein erwachsenes Familienmitglied zu Hause ist. Andernfalls kann es geschehen, dass man nicht ins Haus gelassen wird. Eventuell muss man vor dem Haus oder in einem Vorraum so lange warten, bis durch einen Boten ein männliches Familienmitglied herbeigerufen worden ist. ... Ist man bei einer streng konservativen muslimischen Familie eingeladen, wird man als männlicher Besucher die Frauen des Hauses kaum zu Gesicht bekommen. Die Gesellschaft wird streng nach Geschlechtern getrennt stattfinden. ... Üblich ist es, dass man als Gast ein kleines Geschenk mitbringt, das man eingepackt überreicht. Blumen sind dagegen weniger üblich. Die Gastgeber werden das Geschenk mit einem kurzen Dank in Empfang nehmen und es dann, ohne es ausgewickelt zu haben, zu anderen ebensolchen Geschenken legen. ... Wird man als Besuch durch das Haus des Gastgebers geführt, sollte man es vermeiden, sich allzu begeistert von Einrichtungsgegenständen oder Raumschmuck wie Bildern, Teppichen und Dekorationsstücken zu zeigen. Der Gastgeber könnte sich dadurch veranlasst sehen, einem diesen Gegenstand als Geschenk zu überreichen.“ (S. 86ff)

Interessant sind die Verknüpfungen seiner Schilderungen mit Ratschlägen. So erklärt er in dem Kapitel „Gesten und Körperhaltung“, dass auch die Intensität und die Geschwindigkeit der Ausführung verschiedener Körperbewegun-

gen Informationswert hätten. Schnelle und heftige Bewegungen würden in vielen Kulturen Dringlichkeit ausdrücken. In der islamischen Welt hätten Gesten als Kommunikationsmittel eine viel wichtigere Funktion aber auch eine unterschiedlichere Bedeutung als in Westeuropa. So könne das einmalige Anheben und wieder Senken des Kopfes aus einer Normalposition tatsächlich eine Ablehnung ausdrücken. In Deutschland seien wir es zum Beispiel gewohnt, im Gespräch eine gewisse Entfernung von unserem Gesprächs-



partner einzuhalten. Wenn uns jemand zu nahe kommt, würden wir das oft als unangenehm empfinden und wichen zurück. Diese Distanz könnten wir nur dann überwinden, wenn wir gegenüber dem Menschen eine besondere Sympathie empfinden würden.

„In der nah- und mittelöstlichen Welt sind die Körperdistanzen zwischen den Menschen grundsätzlich sehr viel

kürzer als in Europa. ... Das gilt in der Öffentlichkeit jedoch nur für Menschen des gleichen Geschlechts. Männer und Frauen halten dagegen im öffentlichen Umgang miteinander traditionell einen sehr viel größeren Abstand als die geschlechtsverschiedenen Partner in der westlichen Welt. ... In Unterhaltungen mit orientalischen Gesprächspartnern wird man immer wieder feststellen können, dass der Versuch, einen Augenkontakt mit dem Gegenüber herzustellen, sehr viel häufiger unternommen wird als bei vergleichbaren Situationen in Westeuropa. Auf diese Weise soll besonderes Interesse und eine erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber dem Gesagten zum Ausdruck gebracht werden.“ (S. 135f)

Der Autor erläutert auch, welchen Sinn und Zweck bestimmte Kleiderordnungen erfüllen. Die Kleidervorschrift für die Frau sehe gegenwärtig einen bis auf die Füße reichenden weit geschnittenen Rock, ein hoch geschlossenes Oberteil mit langen Ärmeln und ein Kopftuch – vorzugsweise in gedeckten Farben – vor. Seidenstoffe seien nach alter Prophetentradition Frauen erlaubt, Männern aber nicht gestattet. Frauen sollten vermeiden, in der Öffentlichkeit bunte und auffällige oder gar durchscheinende Stoffe zu tragen. Oft würden dunkle Mäntel und Ganzkörperschleier farbenfrohe und modische Kleidung verdecken. Starkes Schminken, das Färben der Haare und die Benutzung von Nagellack würden nach strenger islamischer Auffassung als Manipulation angesehen.

Sollten sie durch diese wenigen Beispiele neugierig geworden sein und Interesse an gewissenhaft recherchierten, anschaulich formulierten Sitten und Gebräuchen im Alltag der Muslime haben, dann bietet ihnen das vorgelegte Buch einen unschätzbaren Fundus. ■